



Protokoll der 35. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. März 2012, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Enrico Kiefer

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 23.11.2011, 14.12.2011, 25.01.2012 ://: Die Protokolle der letzten drei Ratssitzungen werden einstimmig genehmigt.	-
2. Kreditmanagement – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Antrag der Finanzkommission bzw. Beschluss des Einwohnerrates vom 29.06.2011 im Zusammenhang mit der Rechnung 2011 ://: Einstimmig wird der GPK-Bericht zur Kenntnis genommen und der einwohnerrätliche Auftrag an die GPK als erfüllt abgeschrieben.	2011/162b
3. Quartierplanung Ziegelhof – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK), 1. Lesung Der QP Ziegelhof wird in einer 1. Lesung beraten. Auf eine konsultative Abstimmung über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK wird verzichtet.	2011/189 2011/189a 2011/189b
4. Erneuerung Wasserleitung im Bereich des Turnhallenneubaus beim Gymnasium Liestal – Genehmigung Kredit von CHF 100'000.- ://: Mehrheitlich spricht sich der Einwohnerrat für eine Überweisung der Vorlage an die BPK zur Vorberatung aus.	2012/207
5. Bushof 2. Etappe mit Bahnhofstrasse – Genehmigung Kredite für Strassenbau von CHF 1'010'000.-; Wasserleitung von CHF 160'000.- und Kanalisation von CHF 170'000.- ://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.	2012/209
6. Bericht Schulraumplanung der Stadt Liestal ://: Mit grossem Mehr spricht sich der Rat dafür aus, dass die stadträtliche Vorlage von einer Spezialkommission vorberaten wird. Die Kommission aus 5 Mitgliedern ist vom Ratsbüro an der nächsten Sitzung vom 19.04.2012 noch zu wählen.	2012/210
7. Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros in Liestal von Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion ://: Mit grossem Mehr bei 3 Gegenstimmen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.	2011/193

- | | | |
|-----|--|--|
| 8. | Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristigen Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal; 3. Bericht Stadtrat | 2008/194
2008/194a
2008/194b
2008/194c |
| | <i>://: Mit grossem Mehr bei 2 Gegegenstimmen wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen.</i> | |
| 9. | Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen zur Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal (Energiesparmotion) – Zusatzbericht Stadtrat | 2010/134
2010/134a
2010/134b |
| | <i>://: Einstimmig nimmt der Rat zur Kenntnis, dass die Verwaltung bereits seit 1992 eine klimakorrigierte Energiestatistik führt.</i> | |
| | <i>://: Dem Kreditantrag von CHF 78'000 für die Erarbeitung des GEAK für alle Liegenschaften der Stadt wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.</i> | |
| | <i>://: Mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen spricht sich der Rat gegen eine Abschreibung der Motion Nr. 2010/134 aus.</i> | |
| 10. | Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend ÖV-Anbindung Rosenquartier | 2010/135
2010/135a |
| | <i>://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht wird einstimmig Kenntnis genommen.</i> | |
| 11. | Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat der Bau- und Planungskommission für sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal | 2011/152
2011/152a |
| | <i>://: Einstimmig nimmt der Rat vom stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis.</i> | |
| 12. | Kinderkrippenplätze, Trägerschaft – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion | 2006/121
2006/121a
2006/121b
2006/121c
2006/121d |
| | <i>://: Das Geschäft wird auf die nächste Ratssitzung vom 25. April 2012 nochmals traktandiert.</i> | |
| 13. | Postulat von Jürg Holinger der Grünen Fraktion betreffend Schiessanlage Sichtern | 2011/196 |
| | <i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | |
| 14. | Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Lärmschutzmassnahmen an der Kasernenstrasse im Bereich Brücke Überführung Frenke und entlang der Ein- und Ausfahrt Anschluss Altmarkt | 2011/197 |
| | <i>://: Mit grossem Mehr bei 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.</i> | |
| 15. | Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Bushaltestelle Stadion | 2011/198 |
| | <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | |
| 16. | Interpellation „Transparenz auch in Liestal“ von Regula Nebiker der SP-Fraktion | 2012/200 |
| | <i>://: Die Interpellation wird auf die nächste Ratssitzung vom 25. April 2012 nochmals traktandiert.</i> | |

- | | | |
|-----|--|----------|
| 17. | Postulat „Pilotprojekt familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich“ der Fraktionen Grüne, SP, CVP/EVP/GLP
<i>://: Das Postulat wird mit grossem Mehr bei 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2012/201 |
| 18. | Interpellation betreffend Fahrplankonferenz Liestal resp. Mitsprache bei der Fahrplangestaltung der SBB von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/202 |
| 19. | Interpellation betreffend Stand der Planungsarbeiten „H2-Umfahrung Liestal“ von Thomas Eugster der FDP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/204 |
| 20. | Postulat „Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangels.</i> | 2012/205 |
| 21. | Petition „Familienergänzende Kinderbetreuung“ der SP Liestal und Umgebung
<i>Vertagt wegen Zeitmangels.</i> | 2012/208 |

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Einwohnerratssitzung. Erfreulich ist, dass praktisch sämtliche Ratsmitglieder an der heutigen Sitzung präsent sind.

Stadtpräsidentin Regula Gysin und Vize-Stadtpräsident Lukas Ott müssen um ca. 20.00 Uhr die Ratssitzung verlassen.

Nachträglich möchte er denjenigen Einwohnerrats- und Stadtratsmitgliedern gratulieren, welche am Wochenende vom 11. März 2012 für die nächste Amtsperiode 2012-2016 wieder gewählt wurden.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 15. März 2012:

- Gemäss Voranzeige an der letzten Ratssitzung und Hinweis auf dem Einladungsschreiben wird die heutige Ratssitzung bis ca. 22.00 Uhr dauern. Wegen der verlängerten Sitzungsdauer ist eine kleine Zwischenverpflegung für die Pause organisiert worden. Sollte an der heutigen Sitzung die Liste mit den pendenten ER-Geschäften nicht wesentlich reduziert werden können, würde auch für die nächste Sitzung vom 25.04.2012 eine verlängerte Sitzungsdauer in Betracht gezogen.
- Der Amtsbericht 2011 (Nr. 2012/206) ist mit dem Versand vom 07.03.2012 den Ratsmitgliedern verteilt und dieser vom Büro an die Geschäftsprüfungskommission zur Vorberatung überwiesen worden. Der Amtsbericht 2011 wird an der Mai-Sitzung behandelt.
- Das Einladungsschreiben für den Einwohnerratsausflug vom 04. Mai 2012 ist den Ratsmitgliedern als Tischpapier verteilt worden. Die Rückmeldetalons sind bis am 25.04.2012 dem Ratsschreiber abzugeben. Ratsmitglied Gerhard Schafroth wird bereits an dieser Stelle der beste Dank für die Organisation dieses Anlasses ausgesprochen.
- Da der Empfang der designierten Nationalratspräsidentin Maya Graf vom 28.11.2012 mit der Einwohnerratssitzung kollidiert, ist vom Büro die November-Sitzung auf neu 21. November 2012 vorverschoben und terminiert worden. Die rektifizierten Terminpläne 2012 können beim Eingang zum Landratssaal bezogen und/oder beim Ratsschreiber bestellt werden.

Die Bürgergemeinde Liestal wird den Stadtrat und Einwohnerrat zu einem Treffen über den Mittag vom 14. September 2012 einladen. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich den Termin des Bürgergemeindetreffens zu reservieren.

Die GPK-Mitglieder treffen sich zu Beginn der Pause bei Einwohnerrätin Sabine Sutter, damit von der GPK formell die Stadtratswahlen vom 11.03.2012 erwahrt werden können.

Die Fraktionspräsidenten werden gebeten, sich am Schluss der heutigen Sitzung kurz beim Ratspräsidenten zu treffen. Diese sollten sich demnächst betreffend der Konstituierung des Einwohnerrates für die nächste Amtsperiode 2012 – 2016 treffen.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- ER-Vorlagen Nr. 2012/211 – Nr. 2012/214 (neue Vorstösse)
- Einladung zu Einwohnerratsausflug vom 04. Mai 2012

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Corinne Ruesch (GL) | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Patrick Mägli (SP) | B: Mitte |
| - Michael Bischof (FDP) | C: Seite SP, Grüne |

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Instandsetzung der Kantonsstrasse an der Seltisbergerstrasse“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2012/211)
- Interpellation „Liestal Finanzen“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2012/212)
- Interpellation „Tempo 30 in der Oristalunterführung“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2012/213)
- Interpellation „Gestaltung und Bewirtschaftung Grünflächen“ von Corinne Ruesch und Meret Franke der Grünen Fraktion (Nr. 2012/214)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass zahlreiche Änderungen im Bereich Soziales/Gesundheit/Kultur sowie im Stab Recht/Sicherheit den Stadtrat dazu bewogen haben, die verschiedenen Aufgaben dem neuen Bereich Sicherheit zu übertragen. Herr René Frei hat sein Amt als Bereichsleiter am 1. März 2012 angetreten.

Per 1. Januar 2013 wird das Vormundschaftswesen an die neu zu gründende Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB des Bezirks Liestal übergeben. Am heutigen Abend werden die Gemeindevertreter dem Lenkungsausschuss den Wahlvorschlag betreffend dem Präsidium verabschieden, weshalb sie heute die Ratssitzung etwas früher verlassen muss.

Stadträtin Marion Schafroth führt aus, der Stadtrat habe an seiner Sitzung vom 13.03.2012 eine Kreditfreigabe von CHF 700'000.- betreffend der veranschlagten Teilerneuerung Wasserleitung Helgenweid aufgrund zeitlicher Dringlichkeit als gebundene Ausgabe beschliessen müssen. Die BPK ist von Stadtrat Ruedi Riesen bereits an der letzten Kommissionssitzung informiert worden. Dem Rat wird die Einwohnerratsvorlage für die April-Sitzung unterbreitet.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass der Stadtrat entschieden hat, eine allfällig notwendige Volksabstimmung im Zusammenhang mit der Quartierplanung Ziegelhof auf das Wochenende vom 23. September 2012 anzuordnen. Eine Abstimmung vor den Sommerferien ist nicht möglich.

Traktandenliste

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) schlägt vor, dass die Geschäfte der Stadtpräsidentin vorgezogen werden, da diese um 20.00 Uhr die Sitzung verlassen muss.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) erklärt, es müssten mehrere Geschäfte verschoben und bevorzugt behandelt werden. Dies macht wenig Sinn, was er mit Stadtpräsidentin Regula Gysin bereits vorbesprochen hatte.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 07. März 2012 beschlossen.

323 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 23.11.2011, 14.12.2011 und 25.01.2012

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass die Genehmigung der beiden Protokolle vom 23.11.2011 und 14.12.2011 an der letzten Ratssitzung auf Antrag der SP-Fraktion von der Traktandenliste ausgesetzt wurde. Die vorgenommenen zwei Korrekturen gemäss eingegangenen Änderungsanträgen waren minim. Künftig wird auf Änderungsanträge, die nicht gemäss § 80 des ER-Reglementes vorgängig der Bürositzung eingegangen sind, nicht mehr eingetreten. Die rektifizierten Protokolle vom 23.11.2011 und 14.12.2011 sowie das Protokoll vom 25.01.2012 sind den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 06.03.2012 zur Kenntnis gebracht worden. Da betreffend den letzten drei Sitzungsprotokollen beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen sind, beantragt das Ratsbüro dem Einwohnerrat die Genehmigung derselben an der heutigen Sitzung.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 23. November 2011, 14. Dezember 2011 und 25. Januar 2012 werden vom Einwohnerrat einstimmig genehmigt.

324 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Kreditmanagement – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Antrag der Finanzkommission bzw. Beschluss des Einwohnerrates vom 29.06.2011 im Zusammenhang mit der Rechnung 2011 (Nr. 2011/162b)

Hans Rudolf Schafroth (SVP) hält als Präsident der Geschäftsprüfungskommission die wichtigsten Punkte des GPK-Berichtes fest: Im Zusammenhang mit der Prüfung der Rechnung 2010 hatte die FIKO Ungereimtheiten festgestellt, worauf die GPK vom Rat an der Sitzung vom 29.06.2011 damit beauftragt wurde, die Prozesse und Abläufe im Zusammenhang mit Kreditüberschreitungen, Nachtragskrediten und dem Kostencontrolling zu überprüfen. Die GPK-Abklärungen haben ergeben, dass Handlungsbedarf vorhanden ist. Das Vorgehen der GPK mit den Empfehlungen und Anträgen ist im Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/162b enthalten. Die stadträtliche Arbeitsanweisung „Finanzen – Management der Investitionskredite“ vom 24.01.2012 ist dem Kommissionsbericht als Anhang beigelegt worden. Das Qualitätszertifikat der Stadt Liestal kostet alljährlich viel Geld und sollte auch im Finanzwesen positive Auswirkungen haben. Dem Rat wird die Genehmigung des GPK-Antrages empfohlen.

Meret Kaufmann (GL) berichtet, dass ihre Fraktion vom GPK-Bericht Kenntnis nimmt und dem Antrag zustimmen wird. Dass Zusatzkredite nicht wieder erst beim Vorliegen der Rechnung auftauchen, dafür sollte die neue stadträtliche Weisung sorgen.

Pascal Porchet (FDP) teilt mit, dass er anfangs als GPK-Mitglied etwas ratlos war, handelt es sich doch um ein Finanzgeschäft. Vom Stadtrat und der Verwaltung sind auch Präzisierungen bezüglich den gebundenen und ungebundenen Ausgaben gemacht worden, obwohl ihm nach wie vor eine glasklare Antwort betreffend der Unterscheidung von gebundenen und ungebundenen Ausgaben fehlt. Entscheidend ist natürlich, dass die Projektverantwortlichen die Kreditvorlagen rechtzeitig unterbreiten und damit auch in der Verantwortung stehen. Wenn es dann zu sogenannten Kostenkontrollen kommt, ist dies aus seiner Sicht bereits zu spät, da Geld bereits ausgegeben wurde. Ein wichtiges und entscheidendes Instrumentarium dürfte eher die Kostenprognose sein. Die neue Regelung in der stadträtlichen Anweisung wird begrüsst, dass bei Kreditbeträgen von mehr als 300'000 Franken bei einer Überschreitung von mehr als 10 % ein Nachtragskredit beim Einwohnerrat einzuholen ist. Die FDP-Fraktion wird dem GPK-Antrag zustimmen.

Andreas Lirgg (SVP) berichtet, auch die SVP-Fraktion werde dem GPK-Antrag zustimmen.

Christine Mangold (SP) sagt, die GPK habe mit dem Ratsauftrag vom 29.06.2011 doch ein etwas besonderes Geschäft zur Beratung und Berichterstattung erhalten. Ihre Fraktion hofft, dass die stadträtliche Weisung betreffend dem Finanz-Management bei Investitionskrediten auch für die Verwaltung eine Arbeitserleichterung sein wird und es eine sachliche und strukturierte Transparenz geben wird. Ihre Fraktion wird den GPK-Antrag ebenfalls unterstützen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) meint, dass man mit den Neuregelungen und Definitionen gemäss stadträtlichen Weisung auf einem guten Weg sei. Ihre Fraktion wird den GPK-Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers und stellt fest, dass bezüglich der gebundenen und ungebundenen Ausgaben die ROD-Empfehlung übernommen wurde: Alle planbaren Ausgaben sind ungebunden, dringende Massnahmen bzw. Kreditbewilligungen wie beispielsweise bei einem Wasserleitungsbruch gebundene Ausgaben. 99 Prozent aller Projekte sind ungebunden und durchlaufen den normalen Prozess. Ergänzend sei festgehalten, dass neu auch bei Überschreitungen von mehr als 100'000 Franken in jedem Fall ein Nachtragskredit beim Einwohnerrat einzuholen ist.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission wird vom Einwohnerrat einstimmig zur Kenntnis genommen und der einwohnerrätliche Auftrag vom 29.06.2011 an die GPK als erfüllt abgeschrieben.

325 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Quartierplanung Ziegelhof – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK), 1. Lesung (Nr. 2011/189, Nr. 2011/189a, Nr. 2011/189b)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf beraten wird:

1. *Eintreten*
2. *BPK-Bericht (Nr. 2011/189b)*
3. *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
4. *Fraktionssprecher*
5. *Einzelsprecher*
6. *(Konsultativ-)Abstimmung*

Am Schluss der ersten Lesung wird eine Konsultativ-Abstimmung durchgeführt. Entscheidend werden aber die Beschlüsse im Anschluss an die 2. Lesung sein.

1. Eintreten

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

2. BPK-Bericht (Nr. 2011/189b)

Matthias Zimmermann (SP) hält als Präsident der BPK die wichtigsten Punkte des Kommissionsberichtes fest: An der letzten Ratssitzung vom 25. Januar 2012 ist der Zwischenbericht der BPK gemäss Vorlage Nr. 2011/189a behandelt worden. Die BPK ist von der Wichtigkeit dieses Projektes für Liestal und dem dazugehörigen Quartierplan überzeugt. Da es sich um eine grosse Kiste handelt, wurden auch die Dimensionen und Auswirkungen vertieft geprüft. Die BPK konnte sich davon versichern lassen, dass sorgfältig und differenziert geplant wurde. Mehrere Projektüberarbeitungen und gar Redimensionierungen hatten stattgefunden, bei welchen erfahrene Fachleute und die Kantonsverwaltung beigezogen wurden. Auch wurden zwei öffentliche Mitwirkungsverfahren durchgeführt. An der letzten BPK-Sitzung vom 05. März 2012 war auch Herr Markus Gmür, Coop-Verkaufsleiter Nordwestschweiz, präsent. Nachträglich hatte dieser ihm noch einen Brief geschrieben, woraus er folgenden Abschnitt zitieren möchte: „Die Kundinnen und Kunden bevorzugen heute auf einer Verkaufsebene einzukaufen, einer Fläche mit ebenerdigen Zugang. Im Lebensmittel-Detailhandel ist dies mittlerweile eine Grundvoraussetzung für den Verkaufserfolg. Coop möchte deshalb die Chance nutzen, ins nahe gelegene Ziegelhof-Areal umzuziehen. Hier bietet sich die Möglichkeit, eine Verkaufsfläche auf einer Ebene und mit ebenerdigen direkten Zugang zur Altstadt zu realisieren.“ Auch hatte das Stadtbauamt auftrags der BPK eine mögliche Verschiebung des Gebäudevolumens nach Nordwesten geprüft. Die Kommission ist nach der Berichterstattung des Stadtbauamtes zur Überzeugung gelangt, dass eine solche Projektänderung sehr viele Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Auch hatte die BPK davon Kenntnis genommen, was im Dialog mit der Nachbarschaft gelaufen ist. Die BPK empfiehlt, dass über die Quartierplanung Ziegelhof auch das Volk entscheiden soll.

Bezüglich der Kommission-Anträge ist festzuhalten, dass dem Einwohnerrat mit der Vorlage Nr. 2011/189 die Version vom 12.10.2011 zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet wurde. Die Fassung vom 25.01.2012 ist nur der BPK zur Kenntnis gebracht worden und deshalb ist der BPK-Antrag Nr. 3.1 entsprechend anzupassen, indem die Ergänzung von Art. 5 Abs. 2 des QP-Reglementes gemäss Pkt. 2.4 des BPK-Berichtes im Antrag integriert wird.

Gemäss Änderungsantrag lauten deshalb die beiden BPK-Anträge neu wie folgt:

3.1 *Der Quartierplanung Ziegelhof, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 12.10.2011, dem Plan Nr. 1 „Bebauung und Nutzung“ vom 12.10.2011 und Plan Nr. 2 „Erschliessung, Freiraum und Schnitte“ vom 12.10.2011 wird zugestimmt.*

3.2 *Das Quartierplanreglement vom 12.10.2011 wird mit der Ergänzung von Art. 5 Abs. 2 gemäss Pkt. 2.4 des BPK-Berichtes vom 06.03.2012 beschlossen: „Aussenliegende Treppen und Rolltreppen, Überdachungen in Leichtbauweise, Veloabstellplätze, Schaukästen usw. dürfen auch ausserhalb der Baubereiche erstellt werden, sofern das städtebauliche Konzept und die in diesem Reglement formulierten Ziele und Gestaltungsvorgaben dadurch nicht beeinträchtigt werden. Die Beurteilung erfolgt gemäss Ziffer 4.2.*

Der Antrag 3.2 der BPK gemäss Vorlage Nr. 2011/189b bezüglich der Volksabstimmung ist rechtlich nicht ganz korrekt und kann von der Kommission höchstens als Empfehlung abgegeben werden. Zudem kann das Behördenreferendum auch erst nach der Schlussabstimmung der zweiten Lesung beantragt werden.

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, Überbauungen wie Manor und Ziegelhof nahe der Altstadt machen eine heikle und detaillierte Planungen notwendig. Die raumplanerische und behördenverbindliche Pflicht fusst auf dem Richtplan bzw. Entwicklungsplan 95 und bezweckt in ökonomischer als auch in ökologischer Hinsicht im Wesentlichen eine verdichtete Bauweise nach innen. Das Entwicklungsgebiet Zentrum Nord und das Vorstadtgebiet Ziegelhof sind bereits im Richtplan 95 enthalten. Schon weit voraus hatte man die strategische Haltung bezüglich der räumlichen Entwicklung Liestals skizziert.

Mit einer Powerpoint-Präsentation sowie ein paar Bildern möchte er aufzeigen, um was es bei der Quartierplanung Ziegelhof geht:

- *Entwicklung Stadtzentrum:* Auf dem Situationsplan ist die Gesamtheit der Planung dargestellt, so beispielsweise auch die Gebiete mit den Quartierplanungen „Manor“ und „Ziegelhof“.
- *Powerblocks:* Vergleichbare Städte wie Sursee, Aarau, Burgdorf, Brugg usw. streben ebenfalls an, dass Powerblocks bzw. sogenannten Katalysatoren rund um die Altstadt platziert werden können, um den Detailhandel im Zentrum befruchten und beleben zu können. Auch in Liestal sind die Zugänge der Überbauungen Engel, Manor, Ziegelhof usw. mit Parkhäusern ins Zentrum von kurzer Distanz.
- *Fasnachtsplakette „Humpen leer“:* Die Schliessung der Brauerei Ziegelhof im Jahre 2006 war zwar betrüblich, war aber die Initialzündung für das Entwicklungsgebiet Zentrum Nord.
- *Masterplan:* Für das Gebiet Zentrum Nord ist ein Masterplan entwickelt worden. Erfreulicherweise sind nebst dem QP Ziegelhof bereits weitere Planungen im betreffenden Gebiet in Angriff genommen worden.
- *Planungsprozess:* Die 12 verschiedenen Modelle der Zeitspanne vom Mai 2008 bis August 2011 veranschaulichen, welche Planungsprozesse die Quartierplanung Ziegelhof in der Vergangenheit durchlaufen hat. Bei den drei letzten Modellen ab Juli 2011 ist ersichtlich, dass das Bauvolumen wesentlich reduziert wurde, was nicht zuletzt auch auf die zwei durchgeführten Mitwirkungsverfahren zurückzuführen ist.
- *Städtebauliche Qualität:* Die Studien zeigen auf, dass betreffend der Besonnung auch den Gebäudehöhen innerhalb des QP-Perimeters die gebührende Beachtung geschenkt wird. Abgekippte Fassaden usw. ermöglichen eine bessere Besonnung/Beleuchtung der umliegenden Gebäude und Gassen.

- *Organische Form*: Das Modell zeigt unter anderem auf, dass sich die zwei bestehenden Liegenschaften, welche höher als die Stadtmauer sind, zusammen mit dem Querbau der Ziegelhof-Überbauung gut an die Altstadt anbinden und integrieren. Die gesamte Überbauung gibt architektonisch ein homogenes Bild ab.
- *Silhouette*: Die Silhouette zeigt auf, dass die Dachlandschaft der Altstadt durch die Neubauten im Ziegelhofareal nicht gestört wird.
- *Rumpel*: Im Gebiet Rumpel hatte man in der Planungsschlussphase das Bauvolumen massiv reduziert. Es handelt sich um eine Volumenstudie und man ist sich beispielsweise noch nicht schlüssig, ob die Schrägen schlussendlich ein Dach oder eine Fassade sein werden.
- *Zugang Zeughausplatz*: Bei einer Realisierung der Ziegelhof-Überbauung sollte der Zeughausplatz offen und verkehrsfrei werden. Entlang den Passagen bzw. dem ebenerdigen Zu- und Ausgang zu und vom neuen Coop-Laden sollen Verkaufsläden geschaffen werden.
- *Passage von Zugang*: Visuell wird veranschaulicht, wie die neue Passage vom Zeughausplatz zum Coop bzw. der Ziegelhof-Überbauung aussehen könnte.
- *Identität*: Beim Animationsbild ist ersichtlich, wie sich das bestehende 1930er-Gebäude in die neue Überbauung mit dem Einkaufszentrum, dem neuen Restaurant, den neuen Ein- und Ausfahrten usw. integrieren wird. Nicht ersichtlich sind beispielsweise die riesigen Gewölbekeller der ehemaligen Brauerei, über deren Nutzung man sich jedoch auch schon Gedanken gemacht habe.
- *Zugang Nord*: Vom Zentrum Nord herkommend sind die Ziegelhof-Neubauten gut sichtbar.

Er hofft, dass er mit den verschiedenen Bildern doch veranschaulichen konnte, welche wesentlichen Überlegungen von den Beteiligten bei der Planung des QP Ziegelhof gemacht wurden. Es ist ja nicht einfach der Stadtrat alleine, welcher den Quartierplan mit den doch schon sehr stark ausformulierten Bauvolumen durchzwängen will. Er kann und will seine Enttäuschung darüber nicht verbergen, dass in gewissen Medien über das Ziegelhof-Projekt bis jetzt doch sehr einseitig informiert wurde und der Anwohnerschaft viel Raum eingeräumt wurde. Er hofft, dass sich dies nach der heutigen Sitzung ändern wird. Eine gute und sachdienliche Diskussion ist wünschenswert, in welcher beispielsweise auch die Ansichten und Vorstellungen der Lindenstrassen-Anwohner respektiert werden. Die erlebte Fairness bei den geführten Gesprächen mit den Anwohnern der Lindenstrasse ist bei den Medienberichten leider oftmals zu wenig zum Ausdruck gekommen. Mit dem Ziegelhof-Projekt und der beabsichtigten Verdichtung des Zentrums steht für Liestal in ökonomischer als auch in ökologischer Sicht viel auf dem Spiel.

4. Fraktionssprecher

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, ihre Fraktion bedauert es, dass eine Verschiebung des Gebäudevolumens nicht möglich ist und die Anwohnerschaft nie zu einer BPK-Sitzung eingeladen wurde. Zwischenzeitlich haben sich die Meinungen geteilt und nicht mehr alle Fraktionsmitglieder befürworten das Bauvorhaben und die Quartierplanung Ziegelhof. Damit die Gebäudehöhen abgeschätzt werden können, sollten Bauprofile aufgestellt werden. Ferner hofft man, dass die Verkehrsführung gut geregelt werden kann.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass man mit der Überbauung etwas für die Zukunft tun kann oder aber Liestal zu einem Museum verkommen lässt. Die BPK konnte sich davon überzeugen, dass subtil geplant und vieles im Dialog erarbeitet wurde, wobei natürlich nicht alle Wünsche und Begehrlichkeiten der Investoren, Anwohner usw. berücksichtigt werden konnten. Coop bekennt sich zum Standort Liestal, aber natürlich auch nur bis zu einem gewissen Punkt. Seine Fraktion wird der vorliegenden Kompromiss-Lösung zustimmen. Beim Ziegelhofareal soll nicht dasselbe wie beim Konrad Peter-Areal passieren, indem man Ge-

bäude einfach abreisst und das Grundstück als Parkfläche nutzt. Schade ist natürlich die Stimmungsmache der Presse und Anwohnerschaft, indem mit völlig falschen Argumenten beispielsweise Aussagen gemacht werden, dass eine Schutzzone zu Bauland werden soll. Das vorliegende Projekt passt sich gut der Umgebung an, unterstützt die Stossrichtung eines verdichteten Bauens im bestehenden Baugebiet und verschiedene Bauten sollen nach dem neuesten Minergiestandard gebaut werden. Die SVP-Fraktion wird den BPK-Anträgen einhellig zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint, es sei wohl allen klar, dass alle das Ziegelhof-Projekt wollen, welches insgesamt allen Beteiligten am meisten etwas bringt: Der Stadt Liestal und seinen Bewohnern die Erhaltung des als schützenswert empfundenen Ortsbildes, ein attraktiver Ort zum Einkaufen für die Fussgänger und ÖV-Benützer sowie ein gut erreichbares Parkhaus unmittelbar am Stadtrand. Für den Coop eine Attraktivitätssteigerung mit einer neuen eingeschossigen Verkaufsfläche von 2000 m2 auf Zeughausplatz-Niveau. Für den Investor eine vernünftige Rendite. Eine gute Verbindung für die Fussgänger und Velofahrer ins Stedtl mit gesicherten Strassenübergängen sowie Massnahmen, dass die Velofahrer beispielsweise sicher die gefährliche Gerberstrasse überqueren können. Eine weiterhin hohe Lebensqualität für die direkt betroffene Anwohnerschaft. Unglücklich ist der Entscheid des Architekten und des Stadtbauamtes, das Flaschenfüllerei-Gebäude der früheren Brauerei aus dem Jahre 1930 schützen zu wollen, denn diese Vorgabe führt dazu, dass die Coop-Verkaufsfläche auf einer Ebene nur dann realisiert werden kann, wenn unter anderem auch die Lindenstrassen-Häuserzeile abgerissen wird. Würde man auf den Erhalt dieses Gebäudes verzichten, so könnte die Coop-Ladenfläche verschoben werden, weg vom Rumpel und der Lindenstrasse in Richtung Zeughausplatz sowie Gerberstrasse. Die im Bundesinventar ISOS als schützenswert bezeichnete Häusergruppe an der Lindenstrasse bliebe so erhalten und der Altstadtzugang Rumpel würde sicher attraktiver werden. Die von der kantonalen Behörde geforderte Maximalhöhe könnte auch so eingehalten werden. Dieser Kompromissvorschlag ist auch schon vom KMU-Vorstand unterbreitet worden, da dieser eine Abstimmungsniederlage befürchtet. Die Realisierungschance und –zeit würde markant günstiger, würde man bewusst auf eine maximale Ausnutzung des oberirdischen Bauvolumens im Gebiet Rumpel und Lindenstrasse verzichten, denn zermürbende Zeit für Abstimmungen und Einsprachen würden sicher verstreichen. Seiner Fraktion ist die Entwicklung des Stedtli mit einer hohen Lebensqualität und prosperierendem Gewerbe ein sehr wichtiges Anliegen. Da das einseitige und zu Gunsten des Investors überrissene Projekt auf so grossen Widerstand stösst, droht eine Verzögerung von bis zu vier Jahren mit unnötigem Gezänke. Anstatt mit einem Behördenreferendum zuzugeben, dass es die Vorlage nicht schafft, alle Interessen angemessen zu berücksichtigen, wäre es doch die eigentliche Aufgabe des Einwohnerrates, sich für ein ausgewogenes Projekt einzusetzen. Es wäre viel gescheiter, die Pläne so zu ändern, dass mit einer Optimierung viele Zeit gewonnen werden kann. Die Grüne Fraktion lehnt die vorliegende Quartierplanung ab und rechnet mit einer überarbeiteten Version mit besserer Realisierungschance.

Thomas Eugster (FDP) wertet es als sehr positiv, dass sich die BPK genügend Zeit für die Vorberatung dieses wichtigen Geschäftes genommen hatte, konnten doch durchaus wichtige Fragen geklärt werden. Und so wurde die BPK beispielsweise darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine Verschiebung des Gebäudevolumens keine wesentliche Projektverbesserung bringt und ebenfalls zu einer Verzögerung von rund 2 Jahren führen würde. Auch bezüglich der Flächenverteilung des Ankermieters Coop und anderen Mietern konnten Klarheiten geschaffen werden, so dass sich auch bei den Grünen der Sturm im Wasserglas wieder etwas gelegt haben sollte. Mit dem Projekt könnte ein eng an das Stedtl anliegender Powerblock realisiert werden, welcher für Liestal auch die dringend benötigte Erhöhung der Kundenfrequenz bringen würde. Und eine hohe Kundenfrequenz ist der zentrale Lebensnerv für den Detailhandel im Stedtl sowie kommunalen Gewerbebetriebe. Wer gegen ein solches Projekt ist, macht sich zum Totengräber der KMU's im Stedtl. Ein weiterer Pluspunkt dieses Projektes ist sicher der hohe Anteil an Wohnungen, welche realisiert werden sollen. Die FDP-Fraktion wird dem vorliegenden Projekt nach den zahlreichen Verbesserungen zustimmen. Auch

wird der Vorschlag der BPK unterstützt, dass Bauvorhaben proaktiv einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Denn die Liestaler-Bevölkerung wird sicher das Ziegelhof-Projekt mit einer Neunutzung mehrheitlich realisieren wollen, um einen Coop im Stedtli zu haben, in welchem auch Grosseinkäufe getätigt werden können.

Franz Kaufmann (SP) hat erfreut den Ausführungen des Vorredners entnehmen können, dass auch dieser den SP-Slogan „Für alle – anstatt für wenige“ übernommen hat. In der bisherigen Diskussion ist die generelle Problematik betreffend dem Bauen in und um die Altstadt herum noch nicht thematisiert worden. Wie kann und soll man mit historischen Strukturen umgehen, was soll man erneuern und was soll man abreißen? Bei der Revision des Zonenplanes Zentrum im Jahre 2000 hatte man eine angemessene Entfaltung für das Gewerbe angestrebt, wobei man die Identität der Altstadt nicht gefährden wollte. Er selbst hatte sich auch bezüglich der Zuordnung der Schutzzonen gewehrt, denn auch in der Schutzzone B soll es möglich sein, dass Altliegenschaften ersetzt werden können. Der Zonenplan Zentrum mit zugehörigem Reglement ist vom Einwohnerrat am 28. März 2001 genehmigt worden, was in Presse beispielsweise unter dem Titel „Keine Käseglocke für Liestal“ kommentiert wurde. Und betreffend der vorgängig gemachten Aussage von Hanspeter Zumsteg möchte er präzisieren, dass nicht die ganze Häuserzeile entlang der Lindenstrasse unter Schutz steht, sondern einzig und alleine das alte Braumeisterhaus ist der Schutzzone B zugewiesen. Und das Reglement sagt diesbezüglich, dass Gebäude in dieser Zone möglichst erhalten werden sollen, jedoch unter Würdigung der Bausubstanz sowie des öffentlichen Interesses für ein lebendiges Zentrum auch ersetzt werden können. Einzig die erwähnte Liegenschaft bzw. das ehemalige Braumeisterhaus ist verhandelbar. Seine Fraktion vertritt die Meinung, dass das 1930er-Gebäude die Geschichte der Bauerei Ziegelhof mehr verkörpert, als dies das ehemalige Braumeisterhaus an der Lindenstrasse tut. Dem Projekt muss attestiert werden, dass es sorgfältig an die Altstadt angegliedert wurde. Er stellt immer wieder fest, dass wenn man Banalität wie beispielsweise eine gesichtslose Kiste baut, so kümmert es niemanden. Wird hingegen ein Bauvorhaben mit einer gewissen Qualität baut, so regt sich gewisser Widerstand, was eigentlich schade ist. Er findet es hervorragend, dass das 1930er-Gebäude bestehen bleiben soll und man sich bemüht hatte, die Bausubstanz zu erhalten. Im vollen Bewusstsein, dass das Projekt Widersprüche unserer Zeit zum Vorschein bringt, ist zu bedenken, dass wir im 21. Jahrhundert leben. Auch wird man sich gewissen Konflikten stellen müssen. Die SP-Fraktion wird dem Quartierplan Ziegelhof bzw. den BPK-Anträgen zustimmen.

5. Einzelsprecher

Michael Bischof (FDP) ist froh, dass das Geschäft in zwei Lesungen und an zwei Sitzungen beraten wird, was doch von einem besonnenen Vorgehen des Einwohnerrates zeugt. Ein gereiftes Bauprojekt liegt vor und das ganze Investitionsvolumen von 60 – 80 Millionen Franken soll nicht wegen ein paar Detailfragen auf das Spiel gesetzt werden. Auch werden zusätzliche unterirdische Parkplätze in unmittelbarer Nähe der Altstadt geschaffen. Die Detaillisten machen sich keine Illusionen, dass sie auch weiterhin gefordert sein werden, doch kann man davon ausgehen, dass die Konkurrenz den Wettbewerb fördert. Das kürzlich verschickte Schreiben von Coop an die Einwohnerratsmitglieder ist natürlich Lobbying, doch ist dessen Inhalt auch verpflichtend. Von den Grünen wird doppelzüngig argumentiert, hängt man sich das Gewerbemanteli und gleich auch noch das Konsumentenmanteli um. Ferner wird angestrebt, dass oberirdische Parkplätze abgebaut und unterirdische Parkplätze verhindert werden. Auf die Wichtigkeit kurzer Einkaufswege wurde schon mehrmals hingewiesen und diese machen schliesslich auch in ökologischer Hinsicht Sinn. Mit dem Verhindern des Ziegelhof-Projektes kommen doch Partikularinteressen von Anwohnern zum Ausdruck, welche von der Grünen Fraktion vertreten werden. Er findet es nicht in Ordnung, dass nun auch beim vorliegenden Geschäft wieder Grundsatz- und Fundamentalpolitik gemacht wird. Und im Zusammenhang mit den bevorstehenden Stadtpräsidiumswahlen möchte er auch von Lukas Ott als Exponent der Grünen im Stadtrat wissen, was dieser zum Ziegelhof-Projekt sagt.

Elisabeth Spiess (GL) stimmt der Aussage von Stadtrat Ruedi Riesen zu, dass im Zusammenhang mit dem Ziegelhof-Projekt für Liestal viel auf dem Spiel stehe. Mit ihrem Votum vertritt sie die direkt betroffenen Anwohner, aber auch die zunehmende Anzahl an Liestaler-Einwohnern, welche sich betreffend den Grossbau- und Abrisstätigkeiten in und um Liestal Sorge machen. Deutlich muss gesagt werden, dass man heute nicht über ein Ja oder ein Nein betreffend einer Coop-Niederlassung in Liestal abstimmen wird. Aktuell geht es darum, den Quartierplan zu beschliessen. Verwirrend und unüblich ist es, dass der Quartierplan und auch gleichzeitig das Projekt vorliegen. Auch sie habe sich über das Coop-Schreiben gefreut, ist doch darin festgehalten, dass Liestal für Coop eine sehr wichtige Standortgemeinde ist, in welcher man eine attraktive, zeitgemässe und adäquate Einkaufsmöglichkeit anbieten möchte. Auch weiss man, dass die Investoren grosses Interesse daran haben, an zentraler und bester Lage Investitionen zu tätigen. Und wenn also die Investoren, Coop und auch die Bevölkerung an einem Zusammengehen interessiert sind, sollten doch auch alle Beteiligten daran interessiert sein, dass man sich in der Mitte trifft. Betreffend dem vorgängig gemachten Vorwurf an die Grüne Fraktion, dass diese Partikularinteressen vertritt, möchte sie doch festhalten, dass der Einwohnerrat die Interessen von Liestal und seinen Einwohnern zu vertreten hat. Und es darf nicht sein, dass sich der Einwohnerrat quasi mit den Interessen von Investoren, Ankermietern usw. überidentifiziert. Der Quartierplan lässt viel zu viele Fragen offen, welche auch mit dem BPK-Bericht nicht beantwortet werden. Hat die BPK beispielsweise Unterlagen bei der Denkmalpflege eingesehen und abgeklärt, ob das 1930er-Gebäude tatsächlich geschützt ist? Hat die BPK Informationen betreffend den erhaltenswerten Gebäuden an der Lindenstrasse eingeholt? Hat die BPK die Berichte von kantonalen Fachleuten eingesehen? Bestehen Unterlagen von der Arealbaukommission? Im BPK-Bericht kann diesbezüglich nichts gelesen werden. Was allerdings existiert, sind alte Bilder, welche beweisen, dass das 1930er-Gebäude nie so frei da gestanden hatte, wie dies nun von den Architekten umgesetzt werden soll. Eine solche Gebäudedarstellung hatte real so nie existiert und ist höchstens ein Wunschenken von Ziegelhof. Warum hört beispielsweise der Quartierplan mitten in dem Gebäudekomplex auf und werden weitere Gebäudeteile gegen die Meyer Wiggli-Strasse sowie den Schleifewuhrweg sowie die Ziegelhof-Liegenschaften Nr. 19 – 25 am Zeughausplatz einfach abgeschnitten? Kann denn ein Quartierplan ganze zugehörige Häuserzeilen einfach abschneiden? Was passiert mit diesen Liegenschaften, wenn der Quartierplan wie vorliegend umgesetzt würde? Werden sie abgerissen oder passen sie gegebenenfalls noch zur Neuüberbauung? Wird mit der Quartierplan-Genehmigung nicht ein Persil-Schein für diejenigen Liegenschaften abgegeben, welche nicht innerhalb des Quartierplan-Perimeters liegen? Kann es die BPK unterstützen, dass das höchste Gebäude auch auf dem höchsten Punkte realisiert werden soll? Die Nutzungsziffer wird mit einer Verkaufsfläche von 7000 m² angegeben. Gemäss BPK-Bericht soll die Verkaufsfläche neu eigentlich nur 5000 m² betragen. Das heisst, dass Coop ein weitaus grössere Verkaufsfläche zugesprochen wird. Coop soll eine Verkaufsfläche von 2400 m² erhalten, was weit mehr ist, als die ursprünglich geforderte Minimal-Fläche. Das 1930er-Gebäude wird mit einer Verkaufsfläche von 1973 m² deklariert. Das interessante Innenleben dieses angeblich erhaltenswürdigen Gebäudes ist nicht mehr so wichtig, wird doch dieses Gebäude einfach ausgehöhlt. Weshalb hängt man deshalb so an diesem Gebäude, wenn von diesem nur noch gerade die Fassade übrig bleibt? Die zusätzlichen Verkaufsflächen des Ziegelhof-Areals sind mit Berücksichtigung der Flächen der Migros, den Bahnhofüberbauungen, dem neuen Manor sowie dem neu geplanten Denner beim Rosenmund usw. reichlich überdimensioniert für Liestal. Dass die BPK den Quartierplan fast einstimmig durchwinken will, gleichzeitig aber zum Behördenreferendum aufruft, zeigt doch, dass eine grosse Unsicherheit besteht. Letztlich hat die BPK ihre Aufgaben doch nicht richtig erfüllt, wenn man jetzt für eine Urnenabstimmung wirbt. Ist es die Aufgabe des Parlaments, zu Gunsten der Investoren so einseitig Partei zu ergreifen? Der Einwohnerrat sollte den Mut haben und den vorliegenden Quartierplan ablehnen, denn damit würde einem neuen und allgemein verträglicheren Quartierplan eine Chance gegeben. Was bedeuten schon Verzögerungen von 1 ½ - 2 Jahren, im Vergleich zu fast 200-jährigen Liegenschaften und Zeitzeugen? Für die Investoren und Coop gibt es bei dem vorteilhaften Ziegelhof-Standort auf jeden Fall eine neue Möglichkeit. Mit der

Ablehnung des Quartierplanes durch den Einwohnerrat kann der Urnengang vermieden werden. Es ist durchaus möglich, dass das Stimmvolk den Quartierplan an der Urne ablehnen würde, denn eine immer grösser werdende Einwohnerzahl hat heute schon verstanden, dass die Gegner des vorliegenden Projektes nicht zugleich auch Gegner von Coop sind. Diese sind Befürworter von Coop mit einem allgemein verträglicheren Gesamtprojekt. Bei einer Ablehnung des Quartierplanes Ziegelhof müsste man tatsächlich wieder bei Null beginnen.

Jürg Holinger (GL) führt aus, er hätte vollstes Verständnis dafür, wenn man bei der Planung eines Einkaufszentrums beispielsweise auf das Törli Rücksicht nehmen würde. Wenig Verständnis kann er aber dafür aufbringen, dass bei der Überbauung des Ziegelhofareals auf eine Industriebaute aus dem Jahre 1930 Rücksicht genommen werden soll, die in Liestal gar nie wahrgenommen wurde. Bei der vorliegenden Planung ist diesbezüglich falsch gewichtet worden. Bereits an der letzten Sitzung vom 25.01.2012 konnte beispielsweise den Voten der Ratsmitglieder Hanspeter Meyer und Michael Bischof entnommen werden, dass selbst bei den Befürwortern Zweifel bezüglich dem 1930er-Gebäude vorhanden sind. Die Grüne Fraktion nimmt ihre Verantwortung wahr und verlangt aus diesem Grund ein anderes Projekt. Tatsächlich ist gemäss Teilzonenreglement Altstadt nur gerade gerade das alte Braumeisterhaus der Kategorie B zugeordnet und könnte somit auch abgerissen werden. Aber auch das 1930er-Gebäude ist bei der Genehmigung des erwähnten Teilzonenreglementes im Jahre 2001 nicht als schützenswert deklariert worden. Es ist nicht erklär- und nachvollziehbar, weshalb dieses Gebäude nun innert den letzten 10 Jahren eine neue Bedeutung haben soll und so stark bei der Quartierplanung gewichtet wird. Die Haltung der Grünen hat nichts mit Totengräberei, Sturm im Wasserglas, grünem Mänteli usw. zu tun. Vielmehr wird die Planung und Situation in seiner Fraktion anders betrachtet und auch Verantwortung übernommen. Auch die Gleichung, dass Liestal bei einer Ablehnung des Quartierplanes zum Museum verkommen würde, verhält nicht. Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates ist nicht vorgesehen, dass bei einer zweifachen Beratung eine Konsultativabstimmung nach der ersten Lesung durchzuführen ist. Erst nach der zweiten Lesung ist über die Anträge abzustimmen. Wie kann die konsultative Abstimmung nach der heutigen ersten Lesung vom Ratspräsidenten begründet werden?

Regula Nebiker (SP) sagt, bezüglich dem 1930er-Gebäude müssen verschiedene Aspekte abgewogen werden. Wichtig ist beispielsweise historisch gesehen, dass die Stadt Liestal als Marktfleck entstanden ist. Es wäre begrüssenswert und sinnvoll, wenn Liestal die Rolle als regionaler Marktfleck behalten könnte, denn auch sie stört sich an den Einkaufszentren auf den grünen Wiesen in den Nachbargemeinden. Die Chance für eine wirtschaftliche Nutzung des stadtnahen Ziegelhof-Areals sollte genutzt werden. Bei der Engel-Überbauung wurden beispielsweise auch zu viele Kompromisse gemacht, was dazu führte, dass das Endprodukt schlussendlich niemandem mehr so richtig gefiel. Die Ziegelhof-Archivakten wurden vom Staatsarchiv übernommen, und es ist tatsächlich so, dass die Brauerei Ziegelhof in den 30er-Jahren tatsächlich am stärksten expandiert hatte.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) outet sich als Einzelsprecherin, welche eine Minderheit ihrer Fraktion vertritt. Auch sie möchte den Coop, eine lebendige Stadt und erfolgreiche KMU-Betriebe. Beim vorliegenden Geschäft ist es ihr aber nicht ganz wohl, da das Projekt nicht ganz fertig gedacht wurde. Und deshalb wird sie dem vorliegenden Quartierplan Ziegelhof auch nicht zustimmen. Sie frage sich schon, ob wirklich alle Fragen geklärt wurden oder ob man sich nicht einfach von den Investoren unter Druck setzen lässt? Das Projekt wird von den Befürwortern als toll und sicher bezeichnet, weshalb soll aber der Einwohnerratsbeschluss der Volksabstimmung unterbreitet werden? Möchte man damit vielleicht die heisse Kartoffel dem Volk weitergeben? Auch vor 2 Jahren hatte der Einwohnerrat voller Enthusiasmus die beiden Projekte „Heidenlochstrasse“ und „Hanro“ durchgewunken, welche danach an der Urne abgelehnt wurden. Schon damals ist man als Ratsmitglied mit der Frage konfrontiert worden, ob denn der Einwohnerrat neben dem Volk vorbei politisiere. Sie persönlich habe auch keine Angst, dass Coop bei Verzögerungen von 1 – 2 Jahren abspringen

würde. Alle Beteiligten sollten nochmals über die Bücher gehen und die Quartierplanung Ziegelhof nochmals überarbeiten.

Adrian Mächler (FDP) führt aus, dass gute Architektur provoziert und polarisiert, sei zukunftsweisend und auch gewöhnungsbedürftig. Es ist statthaft, dass man einen Teil von bestehenden Bauten stehen lässt, und dabei spielt es auch keine wesentliche Rolle, ob das betreffende Gebäude erhaltenswert ist oder nicht. Das 1930er-Gebäude ist fein, sauber und filigran gegliedert. Seit vielen Jahren wurde das Ziegelhof-Areal geplant, Interessen übernommen und Anpassungen vorgenommen, Baukörper um ein paar Meter hin und her geschoben etc. Und es nicht fair, wenn mit den Arbeiten nach Abschluss des Projektes wieder von vorne begonnen werden soll. Komisch ist es auch, dass alle Fraktionen in der BPK vertreten sind und nun heute Fragen aufgeführt werden, welche noch beantwortet werden sollten. Es kann ja nicht sein, dass nun im Einwohnerrat auch noch Kommissionsarbeit gemacht wird. Eine nochmalige Überarbeitung der gesamten Planung bringt nicht nur eine Verzögerung von 1 – 2 Jahren, sondern auch weitere enorme Planungskosten mit sich. Partikularinteressen müssen halt hie und da zurückgestellt werden, denn auch in seinem Quartier waren beispielsweise nicht alle erfreut über die neue Erschliessungsstrasse und Neubauten. Hätte sich der Rat nicht für eine Volksabstimmung ausgesprochen, würde man ihm sicher eine gewisse Überheblichkeit vorwerfen. Befürwortet der Rat aber den Vorschlag, den Einwohneratsbeschluss vom Volk absegnen zu lassen, so sagt man, der Rat habe Angst. Bereits hier und heute kann er aber sagen, dass bei einer Volksabstimmung wieder Propogandamaterial verteilt würde, welches falsche Informationen und gar Lügen enthält, welche nur sehr schwer richtig gestellt werden können. So hatte der Einwohnerrat vor wenigen Jahren auch einen einstimmigen Entscheid betreffend der Heidenlochstrasse gefällt, welcher dann aber vom Volk wegen falschen Angaben abgelehnt wurde. Er bitte aber doch darum, dass bei künftigen Vorlagen die Fragen im Rahmen der Kommissionsarbeit thematisiert und nicht im Gesamtplenum vorgetragen werden.

Matthias Zimmermann (SP) findet es nicht ganz fair, dass von Jürg Holinger gleich zwei Votanten der letzten Ratssitzung zitiert wurden. Denn im längeren Prozess hatten beispielsweise auch BPK-Mitglieder wegen neuer Erkenntnisse und Abklärungen in einzelnen Punkten die Meinung geändert oder waren Schwankungen ausgesetzt. Die Volksabstimmungsempfehlung der BPK hat überhaupt nichts mit Unsicherheit, sondern mit demokratischer Fairness zu tun. Denn im letzten Jahrhundert hatte es wohl noch nie ein solch grosses Bauprojekt gegeben, welches so nah in der Altstadt realisiert werden soll. Die BPK-Empfehlung hat mit Sicherheit und nichts mit Unsicherheit zu tun.

Hanspeter Meyer (SVP) hat das Gefühl, dass die verschiedenen Rückweisungsanträge eine reine Verzögerungstaktik sind. Die BPK konnte sämtliche Unterlagen wie beispielsweise bauhistorische Gutachten usw. einsehen und war über alle Details dokumentiert worden. Es ist nicht ehrlich, wenn man heute nun Empfehlungen hört, dass sich die Parteien in der Mitte treffen sollen, denn verschiedene Kompromisse wurden schon eingegangen und übergeordnete Interessen müssen Partikularinteressen vorgezogen werden. Bei einer Ablehnung von solchen Projekten würden gewillte Investoren sich vermutlich wieder auf den grünen Wiesen der Nachbargemeinden umsehen, was dann wiederum nicht im Interesse der Grünen sein dürfte. Auch wird niemand dafür garantieren können, dass es bei der Unterbreitung eines überarbeiteten Projektes in 2 Jahren nicht den genau gleichen Widerstand wieder geben wird. Den verschiedenen Gesprächen mit den Projekt-Gegnern konnte er entnehmen, dass deren Bereitschaft für ein gewisses Entgegenkommen sehr klein und minim ist.

Pascal Porchet (FDP) befürwortet ehrliche Voten, sei es von Befürwortern oder Gegnern. Ratskollegin Elisabeth Spiess versucht aber nun, ein Minenfeld aufzubauen und die BPK wieder neu in die Sachlage einzubringen, was doch eine reine Verzögerungstaktik ist. Die von ihr vorgängig gestellten Fragen sind bei der Vorberatung in der BPK bereits bearbeitet worden. Betreffend dem angeblichen Druck der Investoren muss doch klar festgestellt werden, dass solch grosse Projekte und Bauvorhaben nur mit Investoren realisiert werden kön-

nen, da diese von Privaten nicht finanziert werden können. Bereits wurden verschiedene Projekte wie beim Hotel Engel, dem Manor-Neubau usw. mit Unterstützung von Investoren und Grossverteilern realisiert. Und nun versucht man ein Argumentarium aufzubauen, indem man als Novum den Vorwurf macht, Grossverteiler und Investoren würden Druck ausüben. Er möchte deshalb eine Lanze für den Coop brechen, welcher ein starkes Zeichen für den QP Ziegelhof und Standort Liestal abgegeben hatte. Welcher Investor oder Grossverteiler wäre beispielsweise wie Coop bereit, nebst dem Ziegelhofprojekt auch den bestehenden Coop Stabhof an der Rathausstrasse als weiteres Magnet auszubilden?

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Einzelsprecher mehr auf die Rednerliste der heutigen Sitzung genommen werden können.

Die Frage von Ratsmitglied Jürg Holinger kann er wie folgt beantworten: Reglementarisch ist nicht vorgeschrieben, dass heute eine Konsultativabstimmung durchzuführen ist. Es ist aber auch nicht verboten, eine solche durchzuführen. Ihm selbst ist es gleich, ob man nach der heutigen ersten Lesung eine Konsultativabstimmung durchführen wird oder nicht.

Ihm ist soeben von Pascal Porchet der FDP-Fraktion ein Antrag eingereicht worden, welcher eine namentliche Abstimmung verlangt. Dieser Antrag bringt bei einer heutigen Konsultativ-Abstimmung nichts. Er schlägt dem Antragsteller vor, den Antrag zurückzuziehen und gegebenenfalls an der nächsten Sitzung neu einzureichen.

Peter Küng (SP) findet es gut, dass Liestal ein Zeichen setzt, indem Einkaufszentren wie Manor und Coop an das Zentrum angebunden werden. Diesem Novum dürfte vermutlich auch Erfolg beschieden sein, denn es zeichnet sich ab, dass beispielsweise Grosseinkaufszentren wie „Stücki“ usw. sich länger und mehr als Fehlinvestitionen herausstellen. Auch die Grüne Fraktion sollte sich der Vorteile von Einkaufszentren in Zentrumsnähe bewusst werden. Er selbst ist überzeugt davon, dass auch er als Detaillist im Stedtli von einem Einkaufszentrum im Ziegelhofareal profitieren könnte. Und sollte im schlimmsten Fall gar Coop aus dem Stedtli ausziehen, so würde die Zukunft für die KMU's im Stedtli gar nicht rosig aussehen.

Thomas Eugster (FDP) bekundet mit dem Vorwurf der Grünen Fraktion, dass sich der Rat dem Willen der Investoren beugen würde. Denn schliesslich werden vom Einwohnerrat Anforderungen aufgestellt, dass beispielsweise in der Nähe des Stedtli verdichteter Wohnraum realisiert wird und sich Grossverteiler niederlassen. Und hätte der Vertreter der Grünen Fraktion bei der BPK-Beratung aufgepasst, so wäre auch dieser Fraktion bekannt, dass Bauvolumenverschiebungen innerhalb des Quartierplanperimeters überhaupt nichts bringen. Diese Frage ist von der FDP-Fraktion schon längst gestellt und auch beantwortet worden, weshalb ein neuer Anlauf der Grünen Fraktion in dieselbe Richtung nichts anderes als eine Verzögerungstaktik ist.

Beat Gränicher (SVP) sagt, als Coop-Mitarbeiter bekunde er Mühe mit verschiedenen falschen Angaben und gar Unwahrheiten, die von einigen Votanten am heutigen Abend gemacht und verbreitet wurden. So sind beispielsweise bei der Coop-Verkaufsfläche von 2400 m2 doch noch einige zusätzliche Flächen des Restaurants usw. hinzugezählt worden. Betreffend der angeblichen überdimensionierten Gesamt-Verkaufsflächen der Lebensmittelgeschäfte in Liestal kann er darüber informieren, dass es das Einkaufszentrum in Frenkendorf auf 81 % und das Einkaufszentrum in Bubendorf auf 68 % der Kundenfrequenzen von Liestal schaffen.

Stadtrat Lukas Ott nimmt Bezug auf die Frage von Michael Bischof, wonach er seine Meinung betreffend dem vorliegenden Quartierplan kundtun solle. Es freut ihn natürlich, dass der Fragesteller an seinen Positionen interessiert ist. Er möchte aber doch klar in Erinnerung rufen, in welcher Rolle er heute hier ist. Er nimmt nicht als singulärer Politiker an der heutigen Ratssitzung teil, ist nicht als Parteipolitiker hier und schon gar nicht als Wahlkämpfer präsent. Er ist heute als Mitglied der Kollegialbehörde Stadtrat hier und hat trotz Aufforde-

rung der FDP nicht vor, aus dieser Kollegialität auszuscheren. Er wird deshalb die Positionen, welche der Stadtrat beschlossen hat, auch hier im Einwohnerrat vertreten.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die angeregte Diskussion und nimmt zu einigen Fragen sowie Voten der Ratsmitglieder Stellung. Die Verkehrsführung ist vom Kanton im Zusammenhang mit dem Verkehrsgutachten geklärt worden, welches der BPK auch bekannt sein dürfte. Die im Prospekt des Vereins Ortsbildschutz Liestal vorgeschlagene Projektvariante stimmt nicht bzw. kann so gar nicht realisiert werden. Den Vorwurf, dass einseitige Gewichtigungen zu Gunsten der Investoren gemacht wurden, finde er schon sehr stossend. In den letzten 12 Planungsschritten wurden die Rahmenbedingungen von der Stadt und nicht von den Investoren gestellt. Bei der erwähnten Coop-Verkaufsfläche von 2400 m² handelt es sich um die Bruttogeschoss-Fläche, was einer Nettofläche von rund 2000 m² bzw. in etwa der heutigen Verkaufsfläche des Coop Stabhof auf zwei Ebenen von rund 1850 m² entspricht. Von einer Überproportionierung der Verkaufsfläche kann deshalb wohl kaum die Rede sein. Das 1930er-Gebäude soll keineswegs ausgehöhlt werden, sondern telquel für gewerbliche Zwecke genutzt werden. Die Aussage, dass in Liestal eine Abrissmentalität herrsche, kann er schwerlich nachvollziehen, zumal im Ziegelhofareal nun wirklich einige Abbruchbuden stehen. Selbst Projekte für eine Zwischennutzung der Liegenschaften mussten wieder verworfen werden, weil eine sinnvolle und vernünftige Nutzung bei Objekten mit bis zu 15 unterschiedlichen Ebenen schlicht und einfach unmöglich ist. Auch hatten der Stadtrat und das Stadtbauamt mit den Investoren darum gekämpft, dass der Flächenanteil an Wohnungen doch mindestens die Hälfte ausmacht. An verschiedenen Informationsveranstaltungen und Besprechungen wurde darüber informiert, weshalb der Quartierplanperimeter nicht identisch mit dem Verlauf von Parzellen-Grenzen usw. sein muss und kann. Der Betrachtungsperimeter ist vom Masterplan „Quartierzentrum Nord“ her bereits definiert gewesen. Und es ist natürlich ein absolutes Killervotum, wenn von den Projektgegnern erwähnt wird, dass noch so viele Fragen offen und unbeantwortet sind. Auch die Grüne Fraktion ist mit einem Vertreter in der Bau- und Planungskommission vertreten und dieser könnte sicher auch bestätigen, dass sämtliche Fragen der Fraktionen sowie BPK-Mitglieder beantwortet wurden. Die Fragestellungen erstaunen ihn nun doch schon. Denn die meisten Fragen wurden bereits in der BPK-Beratung beantwortet oder könnten selbst beantwortet werden, wären all die aktenkundigen und vorgelegten Berichte der Arealbaukommission, Untersuchungsberichte betreffend der Lindenstrassen-Häuserzeilen sowie dem 1930er-Gebäude etc. konsultiert und gelesen worden. Insbesondere bekunde er Mühe mit Aussagen, die gar in die Unwahrheit hineingehen. Natürlich kann man um alles kämpfen, doch sollte dieser Kampf ehrlich ausgetragen werden und nicht mit fiesen Falschaussagen die Volksmeinung manipuliert werden. In menschlicher Hinsicht waren die drei Gespräche mit der Anwohnerschaft super. Beim zweiten Gespräch wurden auch Hypothesen und Szenarien betreffend der Lindenstrassen-Häuserzeilen diskutiert und besprochen. Beim dritten Gespräch war gar die Architekten aus Zürich angereist, um verschiedene Punkte zu erläutern und Fragen zu beantworten. Stundenlange Gespräche wurden geführt, unzählige Besprechungsprotokolle erstellt, umfassende Mitwirkungsberichte verfasst usw. Und so verstehe er den Vorwurf bzw. die Schlagzeile in der Basler Zeitung betreffend einem grossen Murcks beim Ziegelhofprojekt überhaupt nicht, sondern empfinde solche Aussagen schlichtwegs als Sauerei.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass er nun die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrechen wird. Zu Beginn dieser Pause treffen sich die Mitglieder des Ratsbüros kurz bei ihm zu einer kurzen Besprechung.

((Pause / Unterbruch der Ratssitzung von 19.30 – 20.00 Uhr))

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert die Ratsmitglieder nach der Pause und dem Sitzungsunterbruch darüber, dass das Büro während der Pause das weitere Vorgehen betreffend dem Traktandum QP Ziegelhof besprochen hatte.

Das Büro hatte sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass nach der heutigen ersten Lesung keine Konsultativ-Abstimmung durchgeführt wird. Eine solche könnte durchgeführt werden, ist aber nicht notwendig und auch nicht vorgeschrieben.

Die 2. Lesung und Beratung der Vorlage wird auf die nächste Ratssitzung vom 25. April 2012 traktandiert. Für diese Sitzung wird den Ratsmitgliedern auch der BPK-Bericht mit den geänderten Anträgen noch zugestellt.

Somit hätte die FDP-Fraktion ihren Antrag bezüglich einer namentlichen Abstimmung bei der Schlussabstimmung an der nächsten Ratssitzung vom 25.04.2012 nochmals einzureichen.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zum Geschäft sowie dem weiteren Vorgehen aus der Ratsmitte keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Die Quartierplanung Ziegelhof wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 25. April 2012 nochmals beraten.

326 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Erneuerung Wasserleitung im Bereich des Turnhallenneubaus
beim Gymnasium Liestal – Genehmigung Kredit von CHF 100'000.-
(Nr. 2012/207)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Direktberatung der Vorlage vor. Die Ratsmitglieder wollen sich deshalb zuallererst zum Vorschlag des Büros äussern, ob die Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf den dritten Absatz unter „Ausgangslage“ der stadträtlichen Vorlage und hält ergänzend fest, dass sich bei einem späteren Leitungsersatz die Mehrkosten auf rund 45'000 Franken belaufen dürften. Er bittet deshalb den Rat, dem Kreditantrag des Stadtrates zuzustimmen.

Franz Kaufmann (SP) sagt, dass doch noch einiges unklar sei. Die Turnhalle ist beinahe fertig erstellt und gemäss Vorlage wird das Trasse der Wasserleitung teilweise direkt tangiert. Demnach hätte doch der Kanton als Bauherrschaft der Turnhalle für die Folgekosten aufzukommen. Auf dem Situationsplan ist auch der Verlauf der alten bzw. bestehenden Leitung nicht ersichtlich. Ferner wird auch nicht ausgewiesen, mit welchem Anteil sich der Kanton an den Kosten für die Umverlegung der Wasserleitung beteiligt. Diese und weitere Fragen sollten deshalb in einer Kommission beraten werden, weshalb der die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission vorschlägt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: 17 Ratsmitglieder sprechen sich für eine Direktberatung der Vorlage aus.

Mit 21 Stimmen beschliesst der Rat mehrheitlich, dass die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

327 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Bushof 2. Etappe mit Bahnhofstrasse – Genehmigung Kredite für Strassenbau von CHF 1'010'000.-, Wasserleitung von CHF 160'000.- und Kanalisation von CHF 170'000.- (Nr. 2012/209)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor. Die Ratsmitglieder wollen sich deshalb zuerst zum Vorschlag des Büros zu äussern, ob die Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Jürg Holinger (GL) sagt, seine Fraktion befürworte ebenfalls eine Überweisung an die BPK. Bei der Kommissionsberatung sollte insbesondere folgende Situation geprüft werden, welche von ihm bereits schon einmal in der BPK sowie von Daniel Spinnler in der letzten Fragestunde schon thematisiert wurde: Beim Aussteigen aus dem Bus in Richtung Uno-Gebäude ergeben sich Situationen für die Verkehrsteilnehmer, welche unbefriedigend sind und denen unbedingt nochmals die gebührende Beachtung geschenkt werden sollte.

Canan Güngör (SP) orientiert, die SP-Fraktion wird ebenfalls einer Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung beschliesst der Rat, dass die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen wird.

Matthias Zimmermann (SP) hält als BPK-Präsident fest, dass er nicht dafür garantieren kann, dass alle Vorlagen, welche bereits an die BPK überwiesen wurden, noch bis Ende der laufenden Legislaturperiode behandelt werden können. Für das diesbezügliche Verständnis dankt er im Voraus bestens.

328 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Schulraumplanung, Bericht Stadtrat (Nr. 2012/210)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor. Die Ratsmitglieder wollen sich deshalb zuallererst zum Vorschlag des Büros äussern, ob die Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, auch in seiner Fraktion sei die Vorberatung der Vorlage durch die BPK und/oder FIKO besprochen worden. Die FDP-Fraktion stellt nun aber den Antrag, dass die Vorlage an eine noch zu bildende Spezialkommission überweisen wird, in welcher vorteilhaft jede Fraktion mit einem Mitglied vertreten wäre: *Die FDP-Fraktion wünscht eine Spezialkommission zur Schulraumplanung, die übergeordnet zur FIKO und BPK das Geschäft behandelt. Mit der Optik, das Geschäft aus baulicher, finanzieller und pädagogischen Sicht auszuleuchten.*

Peter Küng (SP) teilt mit, seine Fraktion habe sich ähnliche Überlegungen gemacht. Es macht Sinn, dass die Vorlage nicht nur bezüglich den baulichen oder finanziellen Aspekten vorberaten, sondern diese auch in pädagogischer Hinsicht überprüft wird. Schade ist natürlich, dass in Liestal keine Bildungskommission existiert. Seine Fraktion kann den Vorschlag und Antrag der FDP-Fraktion unterstützen.

Jürg Holinger (GL) kann das Votum seines Vorredners unterstützen, hatte doch die Grüne Fraktion schon früher die Bildung einer Bildungskommission angeregt. Seine Fraktion kann den Antrag für die Bildung einer Spezialkommission unterstützen. Ganz speziell sollte die Kommission auch die Frage klären, ob es Sinn macht, dass ein Grundstück aus einem Areal heraus verkauft wird, welches mit lauter gemeindeeigenen Grundstücken umgeben ist?

Paul Pfaff (SVP) erklärt, auch seine Fraktion wird den FDP-Antrag unterstützen. In seiner Fraktion sind vor allem Bedenken bezüglich der Kostenfolgen geäussert worden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch ihre Fraktion unterstütze den FDP-Antrag.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert, dass er und Kollega Lukas Ott die Steuerungsgruppe geleitet haben, in welcher auch Mitglieder des Begleitgremiums sowie des Einwohnerrates vertreten sind. Die Bildung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission wird auch vom Stadtrat begrüsst. Er empfiehlt, dass die 3 Einwohnerratsmitglieder Pia Steinger, Paul Pfaff und Pascal Porchet in der Spezialkommission vertreten sind, da diese bereits im Begleitgremium mitgewirkt hatten und somit auch über Vorinformationen verfügen.

Franz Kaufmann (SP) sagt, dass diese Kommission sehr rasch gebildet werden sollte, damit diese auch ihre Arbeit aufnehmen kann. Der Kommissionsbericht sollte ja auch im nächsten Entwicklungsplan einfließen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass gemäss § 27 des Geschäftsreglementes die Bildung einer Spezialkommission und deren Grössen vom Rat zu beschliessen ist. Die Kommissionsmitglieder sowie das Präsidium und Vizepräsidium werden auf Vorschlag der Fraktionen vom Büro gewählt.

Üblich war es bisher, dass einwohnerrätliche Kommissionen aus 7 Mitgliedern bestehen, was er dem Rat zur Diskussion vorschlagen möchte.

Michael Bischof (FDP) stellt fest, dass mit einer 5-köpfigen Kommission alle Fraktionen mit je einem Mitglied vertreten wären. Experten könnten von dieser Kommission immer noch beigezogen werden. Die Wahl eines 7-köpfigen Gremiums dürfte bezüglich der Sitzverteilung nicht einfach sein.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsverfahren in Kenntnis gesetzt.

://: Einstimmig wird dem Antrag der FDP-Fraktion für die Bestellung einer Spezialkommission „Schulraumplanung“ zugestimmt.

://: Grossmehrheitlich beschliesst der Rat, dass diese Spezialkommission aus 5 Mitgliedern bestehen soll.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) ruft die Fraktionen auf, ihre Wahlvorschläge bis am 18. April 2012 beim Ratsschreiber einzureichen, damit das Büro das Nötige bezüglich der Wahl und Konstituierung der neuen Kommission an der Sitzung vom 19.04.2012 beschliessen kann.

329 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros in Liestal von Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion (Nr. 2011/193)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros in Liestal

Anfang Dezember 2007 wurde das Tourismusbüro im Buchantiquariat Poete-Näscht neu eröffnet. An der Eröffnung wurden von Seite der Stadt Liestal zusätzliche finanzielle Mittel in Aussicht gestellt. Es war auch die Rede davon, dass man eine Trägerschaft ins Leben rufen wolle, welche die Tourismusförderung unterstützen soll. (siehe BAZ vom 07.12.07)

Ein damals im Entwicklungsplan eingestellter Betrag für Standortförderung wurde inzwischen wieder aus dem Finanzplan gestrichen.

Aus den damals formulierten Absichten ist leider nichts geworden. Inzwischen wurde auch ein Postulat (HP Meyer und M. Siegrist 2009/42) vom Stadtrat abschlägig beantwortet mit der Begründung, die Unterstützung eines Tourismusbüros sei keine öffentliche Aufgabe. In der diesbezüglichen Debatte im Einwohnerrat wurde aber deutlich, dass einige Ratsmitglieder anderer Meinung sind.

Es gibt zahlreiche kleine und mittlere Städte, welche die Tourismusbüros als Marketinginstrument in eigener Sache nutzen und die entsprechenden Stellen finanziell unterstützen.

Seit der Eröffnung des Tourismusbüros im Buchantiquariat sind vier Jahre vergangen und die Nachfrage nach Stadtführungen und touristischen Auskünften haben weiter zugenommen. Der Verkehrs- und Verschönerungsverein hat zusammen mit dem Betreiber des Büros, Peter Graf, die aktuelle Situation analysiert. Dabei hat man festgestellt, dass die eingeschränkten Öffnungszeiten das Hauptproblem darstellen. (Bisher: Di. bis Fr. 13:30 bis 18:30, Sa. und So. 10:00 bis 16:00).

Für die dringend notwendigen, zusätzlichen Öffnungszeiten (Di. bis Fr. 10:00 bis 13:30 sind pro Monat 56 zusätzliche Stunden zu finanzieren. Bei einem Std. Ansatz von SFr. 45.- ergeben sich Kosten von SFr. 2'520.- im Monat. Davon übernimmt das Buchantiquariat SFr. 520.- (Mehrumsatz dank zusätzlichen Öffnungszeiten).

Nebst dem jährlichen Beitrag von SFr. 6'000.- übernimmt der VVL auch die Schulung des Personals im Buchantiquariat und erstellt ein Handbuch für die Tourismusbelange in Liestal. Der VVL wird aktuell von der Stadt Liestal mit einem jährlichen Beitrag von SFr. 800.- unterstützt.

In der Übersicht präsentiert sich die Tourismusbüro-Rechnung folgendermassen:

	im Monat	im Jahr
bestehender Beitrag VVL	SFr. 500.00	SFr. 6000.00
bestehender Beitrag Baselland Tourismus	SFr. 500.00	SFr. 6000.00
Beitrag Antiquariat	SFr. 520.00	SFr. 6240.00
nicht gedeckter Betrag	SFr. 2000.00	SFr. 24000.00
(für zusätzliche Öffnungszeiten)	SFr. 3520.00	SFr. 42'240.00

Die unterzeichnenden Postulanten bitten den Stadtrat, mit den Verantwortlichen des Tourismusbüros Verhandlungen aufzunehmen und zu prüfen, ob sich die Stadt Liestal mit einem mindestens gleich-grossen Beitrag wie die privaten Geldgeber am Betrieb des Tourismusbüros beteiligen könnte.

Liestal, 22. November 2011

*SVP-Fraktion
Beat Gränicher*

*SP-Fraktion
Franz Kaufmann*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, er habe den Vorstoss damals mitunterzeichnet, weil Hanspeter Meyer sich damals krankheitsbedingt hatte entschuldigen müssen.

Hanspeter Meyer (SVP) ist erfreut über die Kehrtwende des Stadtrates, ist dieser nun doch gewillt, den Vorstoss zu übernehmen. Zu einem aktiven Standortmarketing gehört auch der Tourismus-Teil dazu, welcher in den vergangenen Jahren trotz verschiedener Versprechen immer wieder zu kurz gekommen ist oder gar ignoriert wurde.

Franz Kaufmann (SP) führt aus, er habe verschiedene Zitate der Stadtpräsidentin zum Thema Tourismus gesammelt, doch verzichte er auf ein Zitieren derselben, da diese die Ratssitzung bereits verlassen musste. Bereits bei der Behandlung des Postulates Nr. 2009/42 konnte festgestellt werden, dass die Meinungen des Stadtrates und diejenigen des Einwohnerrates betreffend der Tourismusförderung in Liestal sehr unterschiedlich sind. Mit dem nun vorliegenden Vorstoss geht es nun konkret um das Tourismusbüro. Er hofft, dass sich der Stadtrat in diesem Zusammenhang mit den Direktbeteiligten zusammensetzt und nach Lösungen sucht.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ergänzt, auch im Stadtentwicklungsplan ist der Tourismus-Bereich ein wichtiger Bestandteil.

Corinne Ruesch (GL) äussert, in ihrer Fraktion konnten die konkreten Forderungen der Postulanten betreffend den Öffnungszeiten nicht eingeschätzt werden. Das Postulat zeigt aber klar auf, dass die Positionierung des Tourismusbereiches in der Stadt Liestal noch immer unklar ist. Das Postulat wird als Chance dafür gesehen, endlich ein klares Konzept bezüglich der Tourismusförderung zu formulieren. Die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat wird unterstützt.

Michael Bischof (FDP) erklärt, in seiner Fraktion seien ganz unterschiedliche Meinungen betreffend dem Postulat vertreten worden. Der Hauptgrund dürfte darin liegen, dass das Postulat sehr konkret formuliert ist, ebenfalls sehr konkrete Forderungen enthält, aber auch Ungereimtheiten beinhaltet. Das Anliegen der Postulanten ist grundsätzlich gut. Im Falle einer Überweisung des Vorstosses sollten einige Punkte extrem gut beachtet werden. Die bisherigen Bemühungen im Poetennest hatten nicht gerade von einem extrem grossen Einsatz gezeugt, auch wird dort das Marketingwissen nicht gerade gross geschrieben. Gemäss Berechnung der Postulanten belaufen sich die Stundenlöhne auf netto rund 35 Franken, was weit über den üblichen Löhnen des Verkaufspersonals liegt. Analog anderen KMU-Betrieben sollte auch das Tourismusbüro beispielsweise eine Angebotsausweitung ohne staatliche Un-

terstützung und Zuschüsse realisieren sein. Bei den Abklärungen sowie der Berichterstattung sollte der Stadtrat beispielsweise auch das Unternehmen Museum Baselland mit seinen viel längeren Öffnungszeiten als Vergleichsprojekt angeschaut werden. Auch beim neuen Kiosk auf dem Wasserturmplatz könnten gegebenenfalls für den Tourismusbereich noch Synergien gefunden werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 3 Gegenstimmen wird das Postulat Nr. 2011/193 an den Stadtrat überwiesen.

330 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristigen Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal; 3. Bericht Stadtrat (Nr. 2008/194 – Nr. 2008/194c)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass bei diesem Geschäft Ratsmitglied John Brunner als Direktbetroffener in den Ausstand tritt und den Saal verlässt.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt auf Anfrage des Ratspräsidenten zum dritten stadträtlichen Bericht Stellung, und hält fest, dass das Postulat vom Rat bereits abgeschrieben wurde. Als ehemaliger Postulant nimmt er von der stadträtlichen Vorlage Nr. 2008/194c Kenntnis.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass sich das Projekt sehr positiv ausgewirkt habe. Es ist wichtig, dass sich die Bevölkerung sicher fühlen kann, was verschiedene Umfragen bestätigen. Ihre Fraktion hofft, dass das Projekt zu Kostensenkungen und nachhaltigen Finanzen führen wird. Gerne möchte ihre Fraktion die neue Leistungsvereinbarung sehen, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind, obwohl dieser Vertragsabschluss in der Kompetenz des Stadtrates liegt.

Regula Nebiker (SP) erklärt, ihre Fraktion habe vom dritten stadträtlichen Bericht mit einem gewissen Missbehagen Kenntnis genommen. Der Bericht ist informativ, hat aber den Charakter einer Medienmitteilung. Das vorliegende Papier kann wohl nicht der Bericht zur Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Kanton sein. Dieser wirft auch mehr Fragen auf, als Antworten gegeben werden. Wieso kann beispielsweise die Stadtpolizei im Strassenverkehr heute mehr präsent sein als früher? Auch soll die Kantonspolizei dank der Aufmerksamkeit der Stadtpolizei eine Entlastung erfahren haben. Hatten denn die Kantonspolizisten früher zu wenig aufgepasst? Und es ist nach wie vor unklar, wie die gemeindepolizeilichen Aufgaben in Liestal künftig organisiert sind. Und so ist es der Bevölkerung nicht mehr klar, ob Liestal nun noch eine Stadtpolizei habe oder nicht. Es muss konstatiert werden, dass eine allgemeine Begriffsverwirrung vorhanden ist. Das neue Polizeigesetz ist im Kanton in der Vernehmlassung, und es stellt sich die Frage, ob denn Liestal bezüglich den gemeindepolizeilichen Aufgaben ein Sonderfall sei. Und worauf basiert denn die stadträtliche Aussage, dass sich die Sicherheitssituation in Liestal merkbar verbessert habe? Sind diesbezüglich Statistiken vorhanden oder wurden Umfragen gemacht? Zwischenberichte machen zur Begleitung des Parlaments ja durchaus Sinn, aber im vorliegenden Fall müsste doch auch die Zielsetzung formuliert werden. Beim Lesen des vorliegenden Berichtes hatte man einmal mehr das Gefühl bekommen, dass der Stadtrat nur häppchenweise informiert und sich der Einwohnerrat anhand übrigen Dokumenten wie Jahresberichte, Medienmitteilungen, Stelleninserate usw. selbst ein Bild machen muss. Der Zwischenbericht ist nicht kohärent und nicht ganz widerspruchsfrei. Vermutlich wäre auch das direktbetroffene Personal dankbar für mehr Klarheit, Transparenz und Kohärenz. Vom Stadtrat wird erwartet, dass er bald klarere Aussagen betreffend der langfristigen Ausrichtung der Stadtpolizei macht. Dies sollte sollte noch vor dem neuen und definitiven Leistungsauftrag passieren.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen wird vom Bericht des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2008/194c Kenntnis genommen.

331 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Energiesparmotion – Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen zur Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal – Zusatzbericht Stadtrat (Nr. 2010/134 – 2010/134b)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) bittet die Motionäre bzw. Fraktionssprecher, sich zu den Berichten gemäss Vorlagen Nr. 2010/134a (Bericht Stadtrat) und Nr. 2010/134b (Zusatzbericht Stadtrat) zu äussern.

Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass man betreffend dem Energieverbrauch weit über den Verhältnissen lebt und Handlungsbedarf nötig ist. Auch die Stadt Liestal sollte Grundlagen schaffen, damit der Verbrauch reduziert werden kann. Bei der Motion geht es um die banale Frage, wie viel Energie in Kilowattstunden Liestal benötigt, damit nötige Schritte zum Energiesparen in die Wege geleitet werden können. Wie viel Energie kann ich pro investierten Franken investieren? Mit dem Stadtbauamt hatten verschiedene Gespräche stattgefunden, doch sind vom Stadtrat nicht diejenigen einfachen Grundlagen geliefert worden, welche man gern hätte.

Matthias Zimmermann (SP) dankt für die Energiestatistik, welche einfach und übersichtlich und klimakorrigiert ist. Den Unterlagen kann entnommen werden, dass die beiden Schulhäuser Frenke und Rotacker riesige Stromfresser sind. Die Prosa unter dem Titel „Wirkungsnachweis der geplanten Massnahmen im Rahmen des Energielabels“ verunsichert doch, denn anscheinend scheinen viele Gruppierungen usw. involviert zu sein, doch die eigentliche Antwort auf die Motion fehlt nach 1 ½ Jahren immer noch. Der Stadtrat sollte diesbezüglich nun wirklich vorwärts machen und gegebenenfalls fehlende finanzielle Mittel mit einer Kreditvorlage beantragen.

Hanspeter Zumsteg (GL) führt aus, die Motion sei von allen Fraktionen eingereicht und auch einstimmig an den Stadtrat überwiesen worden. Mit dem ersten Bericht vom 14.06.2011 wird ein Kredit für die Erarbeitung des Gebäudeenergieausweises GEAK beantragt, doch ist vom Stadtrat der eigentliche Auftrag nicht aufgenommen worden, welcher ein Energiesparkonzept mit terminiertem Massnahmenkatalog verlangt. Die Motionärs-Gruppe hatten bei einem Gespräch mit dem Stadtbauamt im September 2011 abgemacht, dass eine detaillierte mehrjährige und klimakorrigierte Energiestatistik der Energiebezügler Gebäude / Wasserversorgung / Fahrzeuge erstellt wird, dass Massnahmen mit einem besten Kosten- und Nutzerverhältnis aufgezeigt werden und dass die Wirksamkeit sowie die Erfolge von Energiesparmassnahmen zur Motivationsförderung aufgezeigt werden. Die im Zusatzbericht publizierte Energiestatistik basiert auf Flächen und es ist nicht ersichtlich, welche Gebäude in einem besonders schlechten Zustand sind. Der erfahrungsgemäss grosse Energieverbrauch bei der Wasserversorgung wird auch nicht ausgewiesen. Das geplante weitere Vorgehen gemäss stadträtlichem Zusatzbericht wird begrüsst und man ist gespannt auf den Massnahmenkatalog 2012 – 2016 mit konkreten Umsetzungsmassnahmen.

Pascal Porchet (FDP) hält fest, dass er als Mitunterzeichner der Motion durchaus mit den stadträtlichen Berichten zufrieden sei, denn in diesen sind einfache und aussagekräftige Zahlen enthalten. Die von einigen Rednern erwarteten zusätzlichen statistischen und dynamischen Angaben würden vermutlich eine Verdoppelung der Stadtbauamt-Stellenprozente im Energiebereich nötig machen, schlussendlich aber nicht wesentlich aussagekräftiger werden. Das wichtigste Ziel der Motion konnte erreicht werden, indem eine Sensibilisierung stattgefunden hat. Die Zusage, dass die Energiestatistik jährlich auf der Homepage publiziert werden soll, macht es notwendig, dass diese auch weiterhin bewirtschaftet wird. Diese Zahlen und Angaben bilden dann beispielsweise auch wichtige Grundlagen für die neue einwohnerrätliche Spezialkommission, welche das Geschäft Schulraumplanung zu beraten hat, in welcher auch die stromfressenden Schulliegenschaften aufgeführt sind.

Andreas Lirgg (SVP) unterstützt das Votum seines Vorredners und ist ebenfalls davon überzeugt, dass man auf dem richtigen Weg ist.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass er selbst noch nicht ganz so zufrieden ist, wie dies von Pascal Porchet gesagt wurde. Die GEAK-Unterlagen sind wichtig für die Gebäudesanierungsmassnahmen „Stratus“, doch ist diesbezüglich noch ein Bruttokredit von CHF 78'000 vom Rat zu bewilligen. Die Energiesparmotion kann und soll deshalb noch nicht abgeschrieben werden. Am 7. Februar 2012 hatte der Stadtrat das Massnahmenpaket verabschiedet, welches dem Einwohnerrat für die nächste Sitzung vom 25. April 2012 unterbreitet wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest und bestätigt, dass die Ratsmitglieder an der heutigen Sitzung noch über die stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2010/134a vom 14.06.2011 abzustimmen haben.

Hanspeter Zumsteg (GL) ist etwas überrascht darüber, dass an der heutigen Sitzung bereits über die Abschreibung der Motion entschieden werden soll.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) führt aus, der Stadtrat habe mit dem Bericht bzw. der Vorlage Nr. 2010/134b die gewünschten Zusatzinformationen geliefert, weshalb heute auch über die 3 Anträge der Vorlage Nr. 2010/134a abgestimmt werden kann.

Matthias Zimmermann (SP) macht darauf aufmerksam, dass auch nach Vorliegen der zwei stadträtlichen Berichte der Motions-Auftrag für die Ausarbeitung eines Energiesparkonzeptes nicht erfüllt ist.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) sagt, er müsse an der heutigen Sitzung über die 3 stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2010/134a abstimmen lassen. Auch von Stadtrat Ruedi Riesen ist die Empfehlung abgegeben worden, dass die Motion entgegen dem stadträtlichen Antrag noch nicht abgeschrieben werden soll. Wenn die Information sowie Unterlagen des Stadtrates nicht genügen sollten, dürfte einer Abschreibung der Motion halt nicht zugestimmt werden.

Adrian Mächler (FDP) möchte wissen, ob denn die Vorlage Nr. 2010/134a im Rat überhaupt einmal beraten wurde.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) bejaht die Frage, und stellt fest, dass damals über die stadträtlichen Anträge nicht abgestimmt wurde, da das Geschäft an den Stadtrat zurückgewiesen bzw. von diesem zusätzliche Unterlagen verlangt wurden.

Gerhard Schaftroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die heutige Empfehlung und Aussage von Stadtrat Ruedi Riesen betreffend der Abschreibung der Motion im Widerspruch zum stadträtlichen dritten Antrag der Vorlage Nr. 2010/134a steht. Damit der Stadtrat das Energiesparkonzept überhaupt bringen kann, muss deshalb der Antrag für eine Abschreibung der Motion an der heutigen Sitzung abgelehnt werden.

Thomas Eugster (FDP) möchte wissen, ob die in der Vorlage Nr. 2010/134a erwähnten Förderbeiträge auch im Jahr 2012 ausbezahlt werden.

Stadtrat Ruedi Riesen kann die Frage seines Vorredners bejahen.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, dass die Erarbeitung des Gebäudeenergienachweises mit Folgekosten von CHF 78'000 gemäss stadträtlichem Antrag von den Motionären nie verlangt wurde. Und deshalb sollte dieser Kreditantrag auch nicht unterstützt werden, denn sonst würden die finanziellen Mittel fehlen, um die eigentlichen Forderungen der Energiesparmotion erfüllen zu können. Von den Motionären sind Massnahmen zur Effizienz verlangt

worden, wozu es keinem GEAK bedarf. Erst nach Vorliegen des stadträtlichen Berichtes, welcher von Stadtrat Ruedi Riesen auf die April-Sitzung in Aussicht gestellt wurde, kann die Motion dann gegebenenfalls auch als erfüllt abgeschrieben werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Die Anträge gemäss Vorlage Nr. 2010/134a vom 14. Juni 2011 werden in Erinnerung gerufen und verlesen.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat zur Kenntnis, dass die Verwaltung bereits seit 1992 eine klimakorrigierte Energiestatistik führt.

://: Dem Kreditantrag im Betrage von CHF 78'000 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2012 (Konto 020.318.31) für die Erarbeitung des Gebäudeenergieausweises GEAK für alle Liegenschaften der Stadt wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

://: Vom stadträtlichen Bericht wird Kenntnis genommen und die Motion Nr. 2010/134 mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen noch nicht abgeschrieben.

332 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend ÖV-Anbindung Rosenquartier (Nr. 2010/135, Nr. 2010/135a)

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) nimmt als Postulant zum stadträtlichen Zwischenbericht Stellung und hält fest, dass er mit der stadträtlichen Antwort nur halbwegs zufrieden sei. Erfreulich ist, dass nach längerer Zeit sein Postulat doch noch beantwortet wurde. Weniger erfreulich ist aber doch, dass der Stadtrat anscheinend nicht ganz hinter dem Anliegen des Postulates steht. Zu berichtigen ist, dass die im ersten Absatz erwähnte aufgehobene Haltestelle an der Kasernenstrasse und nicht an der Rheinstrasse lag. Eine zusätzliche Haltestelle an der Kasernenstrasse ist wohl eher hinderlich. Die Linie 78 im Gegenverkehr wäre nicht nur für das Kultur- und Sportzentrum, sondern auch für das Berufs- und Informationsbildungszentrum BIZ, den Friedhof sowie die Erschliessung des Pfauenhofes vorteilhaft. Er erwarte darum vom Stadtrat, dass sich dieser beim Kanton dafür einsetzt, dass eine Änderung der Buslinie 78 auf der Rosenstrasse im Gegenverkehr gemacht und eine Haltestelle im Gebiet des Kultur- und Sportzentrums an der Rosenstrasse errichtet wird. Damit wäre eine bessere Auslastung dieser Buslinie sowie eine bessere Anbindung der erwähnten Institutionen im Rosenquartier an das Stedtli möglich.

Hanspeter Stoll (SP) führt aus, der Stadtrat brauchte fast 2 Jahre für die Beantwortung des Postulates und geht nun in seinem Bericht auch gar nicht auf die Fragen des Postulanten ein. Alleine das BIZ an der Rosenstrasse wird jährlich von rund 13'500 Jugendlichen bzw. ca. 100 Personen täglich besucht. Im Sportzentrum trainieren täglich Kinder und Jugendliche im Alter von 4 bis 14 Jahren, welche insbesondere bei den abendlichen Trainings chauffiert werden müssen, da die nächsten Bushaltestellen beim Gitterli-Bad oder dem Wasserturmplatz zu weit weg sind. Ein Gegenverkehr über den Nonnenbodenweg in Rosenstrasse hätte gemäss Verkehrskonzept und früheren Aussagen des Stadtrates die logische Antwort des Stadtrates auf das Postulat sein müssen. Die Postulatsbeantwortung ist tatsächlich unbefriedigend und spätestens beim Schlussbericht erwarte man konkretere Aussagen und Lösungsansätze, was ja ebenfalls im Interesse des Kantons sein dürfte.

Jürg Holinger (GL) meint, der positivste Punkt in der Antwort sei, dass der Kanton gewillt ist, das gesamte Konzept zu überdenken. Der stadträtliche Zwischenbericht konnte auch seine Fraktionsmitgliedern nicht begeistern, da beispielsweise auf konkrete Fragen des Postulanten nicht oder nur ungenügend eingegangen wird.

Sabine Sutter (FDP) kann die Voten ihrer Vorredner unterstützen.

John Brunner (SVP) führt aus, bei der Vorlage Nr. 2010/135a handelt es sich um einen Zwischenbericht und nicht um einen Schlussbericht. Täglich muss die Stadtpolizei gefährliche Situationen feststellen, welche sich unter anderem auch wegen fehlender Haltezonen für Automobilisten bzw. ein- und aussteigende Kinder ergeben. Haltezonen für Automobilisten und Bushaltestellen könnten in der Rosenstrasse sicher erstellt werden. Gespannt ist auch seine Fraktion auf den Schlussbericht des Stadtrates.

Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, dass es oftmals sehr langwierig und problematisch ist, wenn man für Lösungsfindungen noch den Bund und/oder den Kanton kontaktieren muss. Der Kanton ist derzeitig daran, die Detailplanung für die H2-Umfahrung mit Zentrumsanschluss zu erarbeiten, in welcher die Rosenstrasse auch ein wichtiger Bestandteil ist. Die Begleitgruppe, in welcher auch die Stadt Liestal vertreten ist, hatte im Januar 2012 einen Zwischenbericht verabschiedet. Langsam aber sicher wird nun auch klarer, was mit der Rosenstrasse geschehen soll. Die Stadt muss nun das weitere Vorgehen des Kantons abwarten, er hoffe aber doch, noch bis Ende Juni 2012 über Konkreteres berichten zu können.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2010/135a Kenntnis genommen.

333 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat der Bau- und Planungskommission für sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal (Nr. 2011/152, Nr. 2011/152a)

Matthias Zimmermann (SP) nimmt als BKP-Präsident stellvertretend für die Bau- und Planungskommission als Postulantin zum stadträtlichen Zwischenbericht Stellung. Vieles wird im Bericht angetönt, doch bezüglich der Umsetzung kann man leider nichts Konkretes lesen. Das kantonale Tiefbauamt ist vermutlich vor allem mit Umfahrungsstrassen und der Aufhebung von Fussgängerstreifen beschäftigt bzw. die Velofahrer haben beim Kanton leider zu wenig Gewicht.

Erika Eichenberger (GL) findet es lobenswert, dass sich der Stadtrat bei der Erarbeitung des Agglomerationsprogrammes für bessere Radrouten einsetzt. Man merkt, dass auch beim Kanton der Paradigmenwechsel, dass Auto- und Velorouten im Nahverkehr gleichwertig behandelt werden sollen, noch nicht vollzogen ist. Die im Bericht vorgeschlagenen Ideen sind wohl Ergänzungen, doch werden diese mit den vorgegebenen Massnahmen nicht erreicht. Mit dem Postulat will man keine Wanderrouten und Hindernisparcours, sondern direkte Verbindungen für die Velofahrer. Auch in Liestal könnten einige Probleme ganz einfach gelöst werden, indem man die Velowege auf die Trottoire verlegen würde, wie dies in Schweden längst erfolgreich praktiziert wird. Die Stadt muss sich beim Kanton mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass man in Liestal direkte Velorouten und nicht nur Velo-/Wanderrouten hat.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht zum Postulat Nr. 2011/152 wird einstimmig Kenntnis genommen.

334 0.01.011.01 Einwohnerrat

**12. Kinderkrippenplätze, Trägerschaft - Zwischenbericht Stadtrat
zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion
(Nr. 2006/121 – Nr. 2006/121d)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass Stadtpräsidentin Regula Gysin um 20.00 Uhr die Sitzung verlassen musste, jedoch nochmals erscheinen sollte. Die Postulantin wird angefragt, ob das Geschäft gegebenenfalls bis zum Eintreffen der Stadtpräsidentin ausgestellt werden könnte.

Erika Eichenberger (GL) hält fest, dass es nicht pressant und nötig ist, den Zwischenbericht an der heutigen Sitzung zu behandeln. Das Geschäft kann auf die nächste Ratssitzung nochmals neu trandiert werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) dankt für das Verständnis sowie Entgegenkommen der Postulantin und stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren aus der Ratsmitte angemeldet werden.

://: Das Geschäft wird auf die nächste Ratssitzung vom 25.04.2012 nochmals traktandiert.

335 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Postulat von Jürg Holinger der Grünen Fraktion betreffend Schiessanlage Sichtern (Nr. 2011/196)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Grüne Fraktion
Jürg Holinger

Postulat

Schiessanlage Sichtern

Bei der Behandlung der Vorlage 2011/174 wurde vor allem in der Finanzkommission, aber auch im Plenum festgestellt, dass die vertraglichen und besitzrechtlichen Verhältnisse äusserst kompliziert und unübersichtlich sind. Dazu ein Zitat aus dem Fiko-Bericht:

Komplexe, umfangreiche und zum Teil sehr alte Vertragsverhältnisse zwischen der Institution „Schiessanlage Sichtern“ und den verschiedenen Partnern (Stadt Liestal, Bürgergemeinde Liestal, Gemeinde Frenkendorf, Kanton und Bund)

Nach unserer Meinung drängt sich hier eine Klärung und Vereinfachung der Verhältnisse auf.

Wir bitten den Stadtrat, womöglich vor der Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Leistungsvereinbarung, zu prüfen:

- 1. Die Frage einer Auslagerung (z.B. analog Bäder)*
- 2. Ob die Verträge mit den oben erwähnten übrigen Partnern vereinfacht und vereinheitlicht werden können*

Liestal, den 12. Dezember 2011

Jürg Holinger

* * * * *

Stadträtin Marion Schafroth erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen würde.

Jürg Holinger (GL) erklärt als Postulant, dass ein diesbezüglicher Antrag von seiner Fraktion bereits im Zusammenhang mit den neuen Baurechtsverträgen für die Schiessanlage Sichtern eingereicht wurde. Dieser Antrag wurde damals zurückgezogen und dieser mit dem mehr oder weniger gleichen Inhalt als Vorstoss eingereicht.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) sagt, seine Fraktion wird der Überweisung des Postulates an den Stadtrat zustimmen. Sie ist zudem der Ansicht, dass nebst der Entflechtung des Vertragswirrwarrs auch eine Auslagerung mit Leistungsvereinbarung usw. geprüft werden sollte.

Paul Pfaff (SVP) teilt mit, auch seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen. Auch sollte eine Auslagerung des Schiesswesens sowie eine Nutzung der Anlage durch weitere Nutzniesser und Vereine geprüft werden.

Walter Leimgruber (SP) äussert, auch seine Fraktion wird einer Überweisung des Postulates zustimmen. Da das Schiessen bald nur noch ein privates Vergnügen sein wird, sollten bezüglich der Nutzung der Schiessanlage Sichten grundsätzliche und zukunftsgerichtete Überlegungen angestellt werden.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, dass in einem halben Jahr wohl erst ein Zwischenbericht vorgelegt werden kann, denn bis zum Vorliegen eines Schlussberichtes kann es Jahre dauern, da verschiedene Juristen mit dem Vertragswerk beschäftigt sein werden, Verhandlungen zu führen sind usw. Die Mehr- und Weiternutzung der Sichten-Schiessanlage sind sicher prüfenswerte Ideen und Vorschläge.

Paul Pfaff (SVP) kann eine Weiterentwicklung der Sichten-Anlage grundsätzlich unterstützen, doch wäre in diesem Fall auch Handlungsbedarf betreffend der Verkehrserschliessung nötig.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, für die Schützengesellschaft Liestal lag ein bewilligtes Projekt für eine Vergrösserung der Schiessanlage mit einer Luftgewehranlage usw. vor. Gegen das Bauvorhaben ist keine einzige Einsprache betreffend dem Verkehr eingegangen und das Projekt ist schlussendlich wegen den fehlenden finanziellen Mitteln gescheitert.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2011/196 an den Stadtrat überwiesen.

336 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Lärmschutzmassnahmen an der Kasernenstrasse im Bereich Brücke Überführung Frenke entlang der Ein- und Ausfahrt Altmarkt (Nr. 2011/197)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
Fraktion CVP/EVP/GLP

Postulat

Lärmschutzmassnahmen an der Kasernenstrasse im Bereich Brücke Überführung Frenke und entlang der Ein- und Ausfahrt Anschluss Altmarkt

Die Lärmschutzmassnahmen wurden den Anwohnern im Gebiet Altbrunnenweg vor über 10 Jahren zugesprochen, sind jedoch bis heute nicht umgesetzt. Die Gebäude stehen teilweise nur wenige Meter von der Strasse entfernt, was für die Anwohner eine starke Lärmbelastung bedeutet.

Die Ein- und Ausfahrten sowie die beiden Durchführungsstrassen sind stark befahren mit zunehmender Tendenz und haben ein entsprechendes Lärmpotential.

Im untern Teil liegt die Zollschule, welche die Schlafräume für Auszubildende auf der Seite der Autobahnzubringer hat. Auch in diesem Bereich wären Sanierungsmassnahmen notwendig.

Die Situation könnte mittels Lärmschutzwänden siehe beil. Plan wesentlich verbessert werden.

Ein- und Ausfahrt Anschluss Altmarkt

Die geänderte Verkehrsführung (Signalisation) hat zu einem starken „Stop-and go-Effekt“ geführt. Diese Situation wird für die Anwohner Altbrunnenweg/ Sigmundstrasse zunehmend belastend durch höhere Lärm- und Geruchsemissionen. Das Verkehrsaufkommen hat sich zudem enorm gesteigert.

Eine transparente Lärmschutzwand könnte auch hier eine Verbesserung der Situation erwirken (siehe Plan).

Ich bitte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton diese Massnahmen umzusetzen.

Vreni Wunderlin-Friedli
GLP

13.12.2011

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen wird. Die Postulantin möchte er bereits hier und heute darauf aufmerksam machen, dass für das Geschäft der Kanton zuständig ist und deshalb nicht eine Postulatsbeantwortung in Kürze in Aussicht gestellt werden kann.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bedankt sich dafür, dass der Stadtrat ihren Vorstoss übernehmen wird. Die Anwohnerschaft im betreffenden Gebiet ist von der Lärmbelastung stark betroffen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2011/197 an den Stadtrat überwiesen.

337 0.01.011.01 Einwohnerrat

15. Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Bushaltestelle Stadion (Nr. 2011/198)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
Fraktion CVP/EVP/GLP

Interpellation

Die Bushaltestelle Stadion an der Kasernenstrasse ist sehr stark frequentiert, einerseits durch Schülerinnen und Schüler, andererseits durch Bewohnerinnen und Bewohner des Frenkenquartiers und Umgebung.

Das Wartehäuschen der Bushaltestelle Stadion, Kasernenstrasse, auf der Seite Sigmundstrasse ist in einem schlechten Zustand und müsste saniert werden.

Auf der gegenüberliegenden Seite fehlt ein Unterstand. Hier wäre hier das Erstellen eines Unterstandes nötig.

Ich bitte den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

Kann hier der Stadtrat bei der BLT entsprechend vorstellig werden?

Kann der Stadtrat bewirken, dass diese Massnahmen in nützlicher Zeit umgesetzt werden?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Vreni Wunderlin-Friedli
GLP

13.12.2011

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den Fragen der Interpellantin Stellung: Der Stadtrat müsste gegebenenfalls bei der AAGL und nicht bei der BLT vorstellig werden. Das Erstellen eines Unterstandes wird von der Stadt in Angriff genommen. Das bestehende Wartehäuschen an der Bushaltestelle Stadion wird noch dieses Jahr durch die Betriebe saniert. Vom Stadtbauamt ist im Voranschlag 2011 und 2012 der Unterstand „Altmarkt“ bei der Gärtnerei Zulauf eingestellt worden, später aber den Sparmassnahmen zum Opfer gefallen. Die Neuerstellung sowie Sanierung von Bushalte-Unterständen wird unter Berücksichtigung der Frequenzen in den Voranschlägen eingestellt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellantin für die stadträtlichen Antworten sowie Informationen, wünscht aber die Diskussion, da sich zu ihrem Vorstoss vielleicht andere Ratsmitglieder auch noch äussern möchten. Bei dieser Gelegenheit möchte sie erwähnen, dass heute bei der erwähnten Bushaltestelle endlich auch das Treppengeländer montiert worden, welches vor rund 1 ½ Jahren in Aussicht gestellt wurde.

Adrian Mächler (FDP) gibt bekannt, er hätte sich nicht zu Wort gemeldet, wäre von der Interpellantin nicht die Diskussion gewünscht worden. Er bemerkt, dass Liestal nicht nur aus der Sigmundstrasse bestehe, und doch gibt es praktisch keine einzige Einwohnerratssitzung, an welcher die Sigmundstrasse nicht mit einem Vorstoss von Vreni Wunderlin thematisiert wird. Wenn alle Ratsmitglieder gleich viele Vorstösse wie Ratsmitglied Vreni Wunderlin betreffend ihrem Wohnquartier einreichen würden, könnten überhaupt keine anderen Vorlagen mehr behandelt werden. Betreffend der Anzahl an Vorstössen sollte doch etwas Mass gehalten werden und der Einwohnerrat nicht mit jedem noch so kleinen Problem beschäftigt werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Fragen der Interpellation Nr. 2011/198.

338 0.01.011.01 Einwohnerrat

16. Interpellation „Transparenz auch in Liestal“ von Regula Nebiker der SP-Fraktion (Nr. 2011/200)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

SP Fraktion

Regula Nebiker

Interpellation

Transparenz auch in Liestal

In diesen Wochen mussten wir erleben, wie eminent wichtig Transparenz für die Herstellung von Glaubwürdigkeit eines öffentlichen Organs ist. Vor einigen Wochen hat das Baselbieter Stimmvolk das Öffentlichkeitsprinzip in der Verfassung verankert. Das neue Informations- und Datenschutzgesetz verankert das Transparenzprinzip, welches im Prinzip immer schon galt, explizit. Transparenz ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen.

Die Informationspolitik des Liestaler Stadtrats lässt in letzter Zeit zu wünschen übrig. Sie wirkt oft selektiv und zögerlich. Es entsteht sogar der Eindruck, dass Geheimhaltung im Stadtrat die Norm und nicht, wie es wünschbar wäre, die Ausnahme bildet. So werden immer wieder Studien und Konzepte, die durchaus von allgemeinem Interesse wären, aus wenig einsichtigen Gründen unter Verschluss gehalten oder erst sehr spät kommuniziert. Beispiele sind die Neuausrichtung der Stadtpolizei, das Sicherheitskonzept FÜRIO, die Auslagerung des Asylwesens, diverse Studien zur Stadtentwicklung etc.

Dies führte bereits wiederholt zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, in der Presse und auch im Einwohnerrat. Besonders unschön ist es, wenn bestimmte, unter Verschluss gehaltene Informationen, durch Indiskretionen dann doch in die Presse gelangen. Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat mit einer aktiveren und offeneren Informationspolitik viel zu einer Verbesserung des Vertrauens und der politischen Kultur in der Stadt beitragen könnte.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Stadtrat:

- 1) Gibt es ein Informations- und Kommunikationskonzept des Stadtrats?*
- 2) Nach welchen Kriterien werden Informationen zu Entscheiden und Entscheidungsgrundlagen des Stadtrats kommuniziert?*
- 3) Welches sind die Kriterien, wonach Informationen unter Verschluss gehalten werden?*
- 4) Welche Änderungen in der Informationspolitik sind mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips zu erwarten?*

Liestal, 22. Januar 2012

Regula Nebiker Toebak

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert, dass Stadtpräsidentin Regula Gysin noch nicht eingetroffen ist.

Regula Nebiker (SP) erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass sie sich ebenfalls damit einverstanden erklären kann, dass das Geschäft auf die nächste Ratssitzung nochmals neu traktandiert wird.

://: Das Geschäft wird auf die nächste Ratssitzung vom 25.04.2012 nochmals traktandiert.

339 0.01.011.01 Einwohnerrat

17. Postulat „Pilotprojekt familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich“ der Fraktionen Grüne, SP und CVP/EVP/GLP (Nr. 2012/201)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Fraktionen Grüne, SP, CVP/EVP/GLP*

Postulat

Pilotprojekt familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich

Es ist heute eine Tatsache, dass in den meisten Familien mit schulpflichtigen Kindern beide Eltern mindestens Teilzeit erwerbstätig sind. Liestal baute zwar in den vergangenen Jahren dem gesellschaftlichen Wandel entsprechend seine Angebote im Bereich familienergänzende Strukturen aus. Sie werden rege genutzt. Noch immer fehlt aber ein kohärentes und einheitliches Angebot für Schulkinder an schulfreien Nachmittagen, nach Schulschluss bis 18.00 Uhr und während der Ferien. Dies führt in vielen Familien zu Problemen. Nicht selten werden Schulkinder während dieser Zeiten ungenügend betreut, was zu weiteren Schwierigkeiten führen kann. Mit diesem Postulat soll diese letzte Lücke im Betreuungssystem von Liestal geschlossen werden.

Die landrätliche Vorlage «Änderung des Bildungsgesetzes für die familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich» wurde am 10.1.2012 vom Landrat zur Überarbeitung an die behandelnde Kommission zurückgewiesen. Es wird noch eine Weile dauern, bis der politische Prozess auf Kantonsebene abgeschlossen ist. Absehbar ist jedoch, dass die Aufgabe auf Gemeindeebene angesiedelt wird. In Liestal wurde der Bedarf an Tagesstrukturen mit einer Umfrage längst bestätigt. Wir sind darum der Meinung, dass wir in Liestal nicht mehr weiter zuwarten sollen.

Es ist anzustreben, mit Beginn des nächsten Schuljahres an zwei bis drei geeigneten Primarschulstandorten ein freiwilliges, modulares Betreuungsangebot für Kinder im Primarschulalter einzuführen. Dieses soll sowohl dem Qualitätsanspruch der Eltern als auch dem Kostenbewusstsein der Stadt gerecht werden. Das Angebot sollte zunächst Pilotcharakter haben. Wir bitten den Stadtrat, die Einführung von Tagesstrukturen zu prüfen und dem Einwohnerrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Liestal, den 23.1.2012

Für die Fraktionen der Grünen, der SP und der CVP/EVP/GLP

Erika Eichenberger

Regula Nebiker

Verena Wunderlin

Jürg Holinger

Patrick Mägli

Gerhard Schafroth

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt stellvertretend für seinen Ratskollegen Lukas Ott, dass der Stadtrat gewillt ist, das Postulat zu übernehmen.

Erika Eichenberger (GL) erklärt als Mitunterzeichnerin des Postulates, dass bereits im Jahre 2008 in Liestal die Einführung von Tagesstrukturen ein Thema war. Leider wurde dann vom Souverän der Einwohnerratsentscheid an der Urne abgelehnt. Beim damaligen Abstimmungskampf war auch von Luxus-Tagesstrukturen die Rede, was ja nicht ganz der Sache entsprochen hatte. Doch auch die Gegner waren nicht grundsätzlich gegen die Einführung von familienergänzenden Tagesstrukturen, sondern diese hatten sich lediglich gegen die Folgekosten gewehrt. Das neue kantonale Gesetz dreht seit Jahren seine Runden im Landrat und der Abschluss dieses politischen Prozesses dürfte noch einige Zeit dauern. Es zeichnet sich aber ab, dass die Gemeinden familienergänzende Angebote anzubieten haben, welche die Familien nicht konkurrenzieren, sondern vielmehr ergänzen sollen. So wird bereits heute das Mittagstisch-Angebot vor allem von berufstätigen Eltern für ihre schulpflichtigen Kinder rege genutzt. Schlecht betreute Nachmittagsangebote wären für die Stadt ökonomisch nicht sinnvoll. Zeitgemässe Angebote wie Tagesmütter, Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung usw. entsprechen dem Bedürfnis der Bevölkerung und sind auch ein wichtiger Standortvorteil. Der Vorstoss ist von drei Fraktionen unterzeichnet worden, doch soll dieser angeblich ebenfalls bei einigen Ratsmitgliedern anderer Fraktionen Zustimmung finden. Der Stadtrat soll aufgrund der Umfragen-Auswertung sowie den Erkenntnissen aus früheren Diskussionen eine Vorlage ausarbeiten und dem Einwohnerrat unterbreiten. So, dass baldmöglichst mit einem Pilotprojekt und freiwilligen Tagesstrukturen an zwei bis drei Standorten begonnen werden kann. Mit dem Pilotprojekt könnten Erfahrungen gesammelt und dann bei einzelnen Parametern noch Korrekturen angebracht werden. Das Angebot sollte so eingerichtet werden, dass sich die Kosten für die Stadt, die Eltern und die Betreuungsqualität die Balance halten.

Patrick Mägli (SP) findet es als Postulant sehr wichtig, dass nun Liestal endlich mit anderen Gemeinden des Kantons gleich zieht und familienergänzende Tagesstrukturen anbietet, zumal der Bedarf in Liestal längst ausgewiesen wird. Es ist eine Tatsache, dass ein Grossteil an Eltern von schulpflichtigen Kindern einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen bzw. wollen, um auch wirtschaftliche Perspektiven zu haben.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstreicht als Postulantin die Aussage von Erika Eichenberger und bestätigt, dass immer mehr Kinder das Mittagstisch-Angebot nutzen.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass auch seine Fraktion familienergänzende Tagesstrukturen wichtig finde, da diese eine Grundlage dafür sind, dass beide Elternteile am Erwerbsleben teilnehmen können. Trotz vorhandenem Angebot wie Mittagstisch usw. ist in Liestal Verbesserungspotential vorhanden. Angesichts der langwierigen Verhandlungen im Landrat habe man durchaus Verständnis dafür, dass man auf Gemeindeebene nicht länger zuwarten möchte. Die FDP-Fraktion wird dem Postulat grundsätzlich zustimmen, doch möchte man für den weiteren politischen Prozess zwei Hauptanliegen mitgeben. Im Zusammenhang mit der Beantwortung des Postulates Nr. 2012/201 sind die Lehren der ersten Vorlage zu ziehen, welche im Jahre 2009 vom Stimmvolk an der Urne deutlich abgelehnt wurde. Das bedeutet konkret, dass man das Ganze nicht als Pilotprojekt einfach in einem kleineren Rahmen aufzieht, dabei aber immer noch den gleich hohen Subventionsanteil von fast 80 Prozent wie im Jahre 2009 anwendet. Pragmatisch soll nach günstigeren Lösungen gesucht werden. Familienergänzende Tagesstrukturen sollen vor allem dazu dienen, dass Kinder nebst der Schule einen geregelten Tagesablauf haben und nicht unbeaufsichtigt sind. Primär soll deshalb das erweiterte Angebot nicht der Förderung lernschwacher Kinder dienen. Da eine Vermischung von familienergänzenden Tagesstrukturen mit der Förderung lernschwacher Kinder nicht passieren soll, halten sich die Anforderungen an die Tagesstrukturen-Betreuer in einer gewissen Grenze. Eine überbeuerte Luxuslösung würde sicher auch im zweiten Anlauf abgelehnt. Ebenfalls würde es die FDP-Fraktion begrüssen, wenn man für die Ausarbeitung der

neuen Vorlage eine Spezialkommission einsetzen würde, in welcher die politischen Parteien von Anfang an vertreten wären. Die FDP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, dass eine Spezialkommission gebildet wird.

Erika Eichenberger (GL) ist der Meinung, dass im Falle einer Überweisung des Postulates der Stadtrat die Vorlage auszuarbeiten hätte. Auch sie würde es persönlich begrüßen, wenn dann zu gegebener Zeit eine einwohnerrätliche Spezialkommission gebildet würde, welcher die stadträtliche Vorlage zur Vorberatung überwiesen würde.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass der Antrag der FDP-Fraktion betreffend der Bildung einer Spezialkommission an der heutigen Sitzung demnach zu verfrüht sei, da doch zuerst die Überweisung des Postulates an den Stadtrat beschlossen werden sollte.

Thomas Eugster (FDP) meint, die Spezialkommission oder die Begleitgruppe sollte bereits bei der Ausarbeitung der stadträtlichen Vorlage zum Einsatz kommen, damit von Anfang an die Inputs der Fraktionen berücksichtigt werden können.

Regula Nebiker (SP) versteht den Vorschlag und das Anliegen der FDP-Fraktion, doch stimmt der politische Prozess so nicht, denn die Arbeit des Stadtrates kann nicht durch eine einwohnerrätliche Kommission abgenommen werden. Das heisst, dass die Bildung einer Spezialkommission erst nach Vorliegen der stadträtlichen Antwort zum Postulat wieder zum Thema werden kann.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, seine Fraktion ziehe den Antrag zurück.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2012/201 an den Stadtrat überwiesen.

340 0.01.011.01 Einwohnerrat

18. Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Fahrplankonferenz Liestal resp. Mitsprache bei der Fahrplangestaltung der SBB (Nr. 2012/202)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion

23. Januar 2012

Interpellation

betreffend Fahrplankonferenz Liestal resp. Mitsprache bei der Fahrplangestaltung der SBB

Allgemeines

Der Liestaler Bahnhof ist der wichtigste Dreh- und Angelpunkt im Oberbaselbiet in Sachen öffentlicher Verkehr. Er wird täglich von gegen 20'000 Personen frequentiert. Viele davon benutzen auch die Fernverkehrszüge. Doch ist das Angebot in den letzten Jahren in Liestal leider massiv verschlechtert worden.

Fahrplankonferenz Liestal

Ich weiss nicht, ob diese Einrichtung noch existiert. Früher war es so, dass sich dieses vorberatende Gremium (bestehend aus Vertretern der Stadt, des Kantons, des Gewerbes und der Autobus und Postautovertreter) intensiv mit den Fahrplanänderungen der SBB auseinandersetzte und die Eingaben der Stadt und des Kantons an die SBB vorbereitete. So konnte ein grosses Gewicht in der Mitsprache eingebracht werden.

Was ist in den letzten Jahren verschlechtert worden?

Liestal – ideal an direkt an der Linien im Nord-/Südverkehr gelegen – besass bis vor kurzer Zeit direkte Schnellzugsverbindungen nach Wien, Mailand und ins Wallis. Diese sind jedoch alle weggefallen (die Walliserverbindung erst im letzten Jahr), was für viele Zugreisende unverständlich ist. Eine Zugfahrt mit mehrmaligen Umsteigen – und mit teilweise enorm langen Wartezeiten – ist unattraktiv und mühsam. Wir haben das Gefühl, die Baselbieter Kantonshauptstadt wird seitens des Bundes links liegen gelassen (ist wohl der politische Einfluss zu klein?). Vergleichbare Städte wie Aarau oder Solothurn sind mit idealen Direktverbindungen ausgestattet.

Wir fragen deshalb den Stadtrat an:

1. Was ist in den letzten Jahren in Sachen Fahrplankonferenz geschehen?
2. Wie bringt der Stadtrat seine Verbesserungsvorschläge ein?
3. Ist der Stadtrat bereit, sich für verbesserte Schnellzugshalte in Liestal einzusetzen? Insbesondere sollte die Direktverbindung in Wallis wieder hergestellt werden.

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung:

Anwort zur 1. Frage: Seit Jahren besteht in der Stadtverwaltung ein Kompetenzzentrum für Fahrplanfragen. In diesem Gremium sind auch zwei externe Berater dabei. Bei grösseren Vernehmlassungsverfahren wird seit 2005 die interkommunale Fahrplankonferenz einberufen, bei welcher auch verschiedene Nachbargemeinden mitwirken.

Anwort zur 2. Frage: Im letzten Vernehmlassungsverfahren hatte man beispielsweise bezüglich der schlechten Anschlüsse in Olten interveniert. Das Anliegen der Stadt bezüglich der Schnellzugsverbindungen von und nach Bern wurde berücksichtigt und auch Verbesserungen bezüglich der IC-Verbindungen in das Tessin wurden möglich.

Anwort zur 3. Frage: Die schweizerischen Fahrpläne werden in Abhängigkeit der internationalen Anschlüsse gemacht. Die Stellungnahme der interkommunalen Fahrplankonferenz im Zusammenhang mit den direkten Zugverbindungen ins Wallis wird verlesen. Da man bessere Umsteigezeiten in Olten erhalten hatte, wurde auf die Direktverbindung ins Wallis mit TGV-Anschluss in Basel verzichtet. Diese könnte aber wegen neuen bzw. anderen TGV-Verbindungen bereits in zwei Jahren wieder möglich sein.

Der Rat kann aber Vertrauen darin haben, dass die Fahrplankonferenzen gut funktionieren. Man hatte in der Vergangenheit festgestellt, dass man bei einer interkommunalen Zusammenarbeit bei Vernehmlassungsverfahren usw. auf ein besseres Gehör mit gemeinsamen Stellungnahmen stösst, als wenn jede Gemeinde einzeln ihre Stellungnahme abgibt.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten sowie Informationen, wünscht aber die Diskussion. Ihn überrascht es schon, dass der Kanton und beispielsweise auch der Gewerbeverband in der Fahrplankonferenz vertreten ist, wie dies früher der Fall war. Aus eigener Erfahrung weiss er, dass man bei den SBB bezüglich den Verbindungen sowie Anschlüssen hart bleiben muss, um zum Erfolg zu kommen. Und so ist es unverständlich, dass die Walliser-Direktverbindung auf einmal nicht mehr möglich ist.

Erika Eichenberger (GL) fragt sich schon, wie denn der Stadtrat beispielsweise die Direktverbindungen ins Wallis und die Zugverbindungen nach Basel gewichtet. So schmerzt es sie und vermutlich viele ÖV-Benützer viel mehr, dass eine Schnellzugsverbindung nach Basel am Morgen ausgefallen ist, als dass eine Direktverbindung ins Wallis ausfällt, welche nicht tagtäglich von einem Grossteil der Bevölkerung benötigt wird. Die Stadt sollte schwergewichtig auf den Berufsverkehr an den Morgen- und den Abendstunden fokussiert sein. Auch wäre es für die Bevölkerung interessant zu wissen, wo man sich bei Fahrplanfragen hinwenden kann.

Walter Leimgruber (SP) unterstützt das Votum der Vorrednerin und weist darauf hin, dass bei einer kommunalen Anlaufstelle auch weitere Feststellungen bezüglich den fehlenden Platzangeboten bei verschiedenen Zugverbindungen sowie die Qualität einiger Züge sollten deponiert werden können.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, dass solche Anliegen auch vom Stadtrat in der Fahrplankonferenz eingebracht werden könnten.

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, einige Voten und Aussagen erstaunen ihn nun doch etwas. Auch bezüglich dem öffentlichen Verkehr bestehen schliesslich Hol- und auch Bringschulden. Zwar hat man 17'000 Umsteigende pro Tag in Liestal, doch hat Liestal nun auch nicht solch eine Hoheit, dass sämtliche ihrer Wünsche und Begehlichkeiten erfüllt werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Fragen des Interpellanten.

341 0.01.011.01 Einwohnerrat

19. Interpellation betreffend Stand der Planungsarbeiten „H2-Umfahrung Liestal“ von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2012/204)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Interpellation

Betrifft: H2 Umfahrung Liestal, Stand der Planungsarbeiten

Der Stadtrat wird angefragt, den aktuellen Planungsstand betreffend der H2 Umfahrung Liestal bei den kantonalen Behörden abzuklären und dabei insbesondere zu überprüfen, ob die folgenden Anliegen der Liestaler Behörden in die Planung selbst und in das Planungsverfahren eingeflossen sind:

- *Das Bauprojekt für die Sanierung der H2 Umfahrung Liestal ist definitiv wieder in die A-Liste des Agglomerationsprogrammes Basel zuhanden des Bundes aufgenommen worden.*
- *Das Bauprojekt für die Sanierung der H2 Umfahrung Liestal, welches durch den Kanton BL dem Bund zur Übernahme empfohlen wird, enthält sowohl den Zentrumsanschluss wie auch den Vollanschluss Süd.*
- *Die Planungsarbeiten bei den Kantonsbehörden sind genügend fortgeschritten, so dass das Projekt in das nächste Agglomerationsprogramm aufgenommen werden kann, welches 2012 beschlossen wird (das Projekt soll Ende Januar 2012 dem Regierungsrat BL zum Beschluss zur Aufnahme ins Agglomerationsprogramm vorgelegt werden).*
- *Das Bauprojekt für die Sanierung der H2 Umfahrung Liestal enthält ebenfalls die notwendigen Massnahmen für die Verbesserung des Lärmschutzes wie dies von den Anwohnern verlangt wird (Presseberichte ObZ, bz)*
- *Wann erfolgen die weiteren Meilensteine des Sanierungsprojekts?*

Liestal, den 23.1.2012

Thomas Eugster, FDP

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zum Vorstoss und Frage des Interpellanten Stellung: Der Knopf sollte endlich gelöst sein, denn der Kanton hat gemerkt, dass Liestal über ein Verkehrskonzept verfügt, die H2-Umfahrung benötigt wird, eine Abtretung sowie ein Funktionieren der Rosenstrasse wichtig ist usw. Der Stadtrat und auch die Bau- und Umweltschutzdirektion haben die Aufnahme der H2-Umfahrung in die A-Liste des Agglomerationsprogrammes Basel beschlossen, was vom Regierungsrat in den nächsten Wochen auch noch abgesegnet werden sollte. Bis Ende 2013 sollte ein baureifes Projekt vorliegen, damit im Januar 2014 mit der Realisierung begonnen werden kann. Dabei ist aber zu beachten, dass die Finanzierung der H2 durch den Bund oder den Kanton noch nicht abschliessend geklärt ist. Die Stadt Liestal und auch der Kanton streben an, dass die H2 nach Abschluss der Bauarbeiten an den Bund übergeht.

Thomas Eugster (FDP) dankt als Interpellant für die Stellungnahme, wünscht aber die Diskussion. Er möchte lediglich noch wissen, wo die Problematik bezüglich der Finanzierung liegt.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass der Kanton davon überzeugt werden konnte, dass die H2-Umfahrung in die A-Liste des Agglomerationsprogrammes Basel aufgenommen wird. Mit der Neueinstufung von der C-Liste in die A-Liste ist die Chance wesentlich besser geworden, dass der Bund die H2 finanziert und übernimmt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen gemäss Interpellation Nr. 2012/204.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Markus Meyer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann